

Breslauer



Beitung

Nr. 61.

Sonntag den 2. März

1851.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 28. Februar. Aus Norden ist in vergangener Nacht eine telegraphische Depesche hier eingetroffen, nach welcher das englische Parlament aufgelöst worden sein soll. — Lord Russell kann kein Ministerium bilden, und Lord Stanley hat nun diese Mission definitiv übernommen. (N.P.3.)

London, 25. Februar. In aller Eile thieile ich Ihnen mit, daß, wie man wissen will, Lord Stanley sein Ministerium gebildet hat. D'Israeli (?) erhält das auswärtige Amt. Herries die Finanzen, Henley das Innere, Newdegard den Handel; andere Mitglieder des Ministeriums bleiben im Amte?!

London, 26. Februar, Abends 8 Uhr. Der Globe bringt so eben folgende Ministerliste als die wahrscheinlichste: Lord Stanley, Premier; Sir G. Sudgen oder Mr. Pemberton Leigh, Lordkanzler; Herries, Finanzminister; Henley, Inneres; D'Israeli oder Viscount Canning, Außenres.

Stettin, 28. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen pr. Frühjahr 30, pr. Juni 31 Br. — Rüböl 9½, pr. Herbst 10½ Brief. — Spiritus 24, pr. Frühjahr 23½ Geld.

Hamburg, 28. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Berlin-Hamburg 91¼. Köln-Minden 98. Magdeburg-Wittenberge 56¼. — Lang London 13 M. 3¾ Schill. — Roggen 121—122 pfund. 49 lassen. Del 21, pr. Frühjahr 21½. — Kaffee 4½ nominell.

(Die heutige fällige Depesche aus Frankfurt a. M. ist noch nicht eingetroffen. — Die Pariser Linie ist unterbrochen.)

(Berl. Bl.)

Serajevo, 19. Februar. Am 15. gab Omer Pascha eine ganz im europäischen Geschmacke eingerichtete Abschiedstafel, unter Zugabe aller Autoritäten. Der Toast des Seraskiers auf den Kaiser von Österreich wurde durch einen Toast des k. k. österr. General-Konsuls Dr. Almanakovics auf den Sultan erwiesen. Zweier der Gäste, Rustem-Bey und Ausrif-Bey, Sohn und Enkel des Beziers der Herzegowina, wurden Tags darauf verhaftet und ihrer Insignien als General und Oberst beraubt. Der griechische Bischof von Mostar, welcher dem Seraskier seine Unterwerfung bezogenen wollte, wurde vom Bezier Haireddin Pascha gar nicht vorgelassen, da er seine Christen weit mehr bedrückt, als die Türken es thun. Am 17. wurden die bei Han Anla gefangenen Mostarer Nebellen in Ketten nach Konstantinopel abgeführt. Serajevo wird ganz von Truppen entblößt und der Seraskier ist nicht früher als am 17. d. M. von dort abgezogen. Auch der alte Bezier von der Herzegowina ist verhaftet worden.

Übersicht.

Breslau, 1. März. In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer kam der Entwurf eines Disziplinarverfahrens für die Richter zur Beratung. Die Kommission hatte die Dringlichkeit eines solchen Gesetzes nicht anerkannt, und demgemäß einen Antrag gestellt, derselbe wurde aber mit 191 gegen 92 abgelehnt. Die §§ 1 und 2 wurden mit einer ungewöhnlichen Aenderung nach dem Antrage der Kommission mit 144 gegen 132 Stimmen angenommen.

Friher v. Manteuffel ist Regierungspräsident in Frankfurt a. M. und Regierungspräsident v. Wedell von Stralsund nach Merseburg versetzt worden.

Nachdem der Staatsminister Uhden seine Instruktionen erhalten hat, wird er nächstens nach Kassel abreisen.

Die Berliner Nat.-Ztg. berichtet von einem Restaurationsplan, der schon in Warschau gefaßt wurde, und welcher beabsichtigt, durch eine durchgreifende Neorganisation der materiellen und kommerziellen Interessen die Restaurierung der Monarchie auf Grundlage einer mittelalterlichen Gliederung der Stände zu bewirken.

Die R. Preuß. Ztg. behauptet hartnäckig: daß Österreich auf seiner Seite verbleibt.

Die Nat.-Ztg. meldet: daß in Dresden am 27. d. abermals eine Plenarsitzung der Bevollmächtigten stattgefunden habe, um das Protokoll von der Sitzung des 23. Febr. anzunehmen.

Die Börs. Ztg. berichtet: daß, sobald in Frankfurt a. M. die neue deutsche Centralregierung ins Leben getreten sei werde, dort eine starke Militärmacht aus österreichischen und preußischen Truppen zusammengezogen, und derselben zur Verfügung gestellt werden würde.

Der ehemalige reichsfürstliche Adel will sich nach Einsetzung der neuen Bundesregierung an dieselbe wenden, um die Herstellung seiner neuverdienten Privilegien zu erlangen.

Der neu preußische Gesandte am Wiener Hofe, Graf Arnim, soll dorthin instruiert werden: daß, falls Österreich nicht in alle zu Österreich schriftliche Stipulationen willige, er auch die Zugeschäfte Preußens zurückziehen solle.

Das Berliner C. B. spricht wieder von dem Projekt einer österreichischen Union, welche die süddeutschen Staaten in sich schließt.

In Folge der aus Dresden eingegangenen Nachrichten hat der sogenannte Bundestag zu Frankfurt a. M. am 24. Febr. eine Sitzung gehalten.

Am 26. Febr. sind die leichten Baiern aus Kassel marschiert.

Unter Deutschland theilen wir den Wortlaut des schon mehrfach erwähnten Schreibens des Königs von Württemberg an den Fürsten von Schwarzenberg mit. Der König empfiehlt die Errichtung eines deutschen Nationalparlaments neben den obersten Bundesbehörden. Nur, indem auf diese Weise die Rechte und Wünsche des Volkes beachtet würden, könne man einer Revolution vorbeugen. Man glaubt, daß die württembergische Ständerversammlung zum Mai einberufen werden würde.

Das neuverfassungsrechtliche Schreiben der hannoverschen Regierung über die eingehaltenen deutschen Politik hat den Mitgliedern der 2. Kammer nicht genügt. Es ist der Antrag gestellt worden, daß alle Ämter stücke in Betrieb des Verschaffens der Regierung in der deutschen Frage vorgelegt werden.

Norddeutsche Blätter meinen, daß in Bezug auf Schleswig-Holstein wieder etwas im Werke sein müsse, die österreichischen Truppen würden noch weiter nach Norden rücken. — Ein höherer österreich-

scher Offizier soll die baldige Rückführung der Kronenwerke von Rendsburg seitens der Dänen außer Zweifel gestellt haben. Dänische Blätter melden, die Großmächte hätten anerkannt, daß Deutschland als Entschädigung für Kriegskosten 45 Millionen Rthlr. an Dänemark zu zahlen habe.

Über die Unruhen in Norwegen theilen wir heut Näheres mit. Sie tragen eine sozialistisch-politische Färbung.

Die Franzosen in Rom haben Verstärkung erhalten, und zwar deshalb, weil man eine neue Erhebung befürchtet, und weil die französische Regierung verhindern will, daß Österreich seinen Einfluss über ganz Italien ausdehne.

Die Haltung Österreichs gegen das Königreich Sardinien wird immer drohender. Die österreichische Regierung hat die Bemühung einer Unterstützung für die bei der Vertheidigung Venetiens beteiligten Offiziere als eine feindselige Demonstration betrachtet, und Feldmarschall Radetzky soll geärgert haben, Sardinien werde dies bereuen.

Die Ministerkrise in London scheint beendet zu sein. Lord Russell ist nicht im Stande gewesen, ein neues Kabinett zu bilden, und die Königin hat den Lord Stanley damit beauftragt. Über die Mitglieder dieses neuen Ministeriums unter Stanley kursiren verschiedene Listen, (S. oben die telegr. Nachr.) — Das Unterhaus ist aufgelöst worden.

Breslau, 1. März.

Während die Dresdner Konferenzen vorläufig ins Stocken gerathen sind, schreitet unsere innere Entwicklung unaufhaltsam vorwärts, und fast scheint es, als wollten Regierung und Kammer im Bunde unsere verfassungsmäßigen Zustände zu einer solchen Volksbewegung bringen, das selbst die verbesserte Hand der neuen Bundesregierung hier nichts mehr zu thun findet.

Man kann nicht leugnen, daß die Tätigkeit der Kammer, sei es bewußt oder unbewußt, auf die allmäßige Ausbildung einer gewohnheitsmäßigen staatsrechtlichen Praxis gerichtet ist, welche, wenn sie erst aller wesentlichen Materien der Verfassung sich bemächtigt hat, jede weitere Verfassungs-Revision überflüssig machen und den Herrn v. Gerlach und den Herrn v. Arnim und über das Pragfesch von der zweiten Kammer die Verhandlungen über den Antrag des Freiherrn v. Arnim und über das Pragfesch von der zweiten Kammer die Verhandlungen über das Klassen- und Einkommensteuer-Gesetz, über den Simsonischen Antrag und ganz neuerdings über die Dringlichkeit des Disziplinarverfahrens gegen die Richter so wie die auf diese Verhandlungen geprägten Beschlüsse als wertvolle Beiträge zu einer konserватiven Verfassungsauslegung und zur Herstellung der Möglichkeit einer Regierung mit den Kammern geliefert werden.

Seit unserm letzten Rückblick auf die Erfolge der Kammerthätigkeit sind von der ersten Kammer namentlich die Verhandlungen über den Antrag des Freiherrn v. Arnim und über das Pragfesch von der zweiten Kammer die Verhandlungen über das Klassen- und Einkommensteuer-Gesetz, über den Simsonischen Antrag und ganz neuerdings über die Dringlichkeit des Disziplinarverfahrens gegen die Richter so wie die auf diese Verhandlungen geprägten Beschlüsse als wertvolle Beiträge zu einer konserватiven Verfassungsauslegung und zur Herstellung der Möglichkeit einer Regierung mit den Kammern geliefert worden.

Abgesehen von der materiellen Bedeutung dieser Entscheidungen für die einzelnen concreten Fälle sind jedenfalls die aus denselben zu entnehmenden Prinzipien von durchgreifender Wichtigkeit und bilden äußerst erhebliche Momente in dem Systeme der Präsidentenfälle, welches, wenn es auch fernherin mit derselben reisenden Schnelligkeit sich erweitert, bald genug den geschriebenen Todten Buchstaben der Verfassung ersehen und uns in die beneidete Lage jenes glücklichen Volkes bringen dürfte, das sein ganzes Staatsrecht, freilich erst im Laufe von Jahrhunderten, auf Vorentscheidungen über einzelne Fälle gegründet hat.

Was zunächst den Antrag des Freiherrn v. Arnim in Bezug auf Schleswig-Holsteins betrifft, so ist die von der ersten Kammer beliebte Tagesordnung nur ein neuer Beleg zur Bestätigung des fundamentalen Gesetzes unsers nicht geschriebenen Staatsrechtes, daß die Kammer sich in die auswärtige Politik der Regierung nicht zu mischen haben und schließt sich in dieser Beziehung an die schon früher von der ersten wie von der zweiten Kammer beschlossene Tagesordnung, womit die Abrede behauptet hinweggegangen wurde, aufs Engste an, nur daß die erste Kammer ihre Resignation offen und ohne Vorbehalt, man möchte sagen mit einer gewissen Besiedigung ausgesprochen hat, während die zweite zögernd und mit einem etwas mürrischen Gesichte das Gebiet der auswärtigen Politik der Regierung zu ihrer unbeschränkten Domäne abtrat. Ergänzt nun, wie zu erwarten steht, die zweite Kammer die Reihe der resignierenden Tagesordnungen baldmöglichst durch eine neue über den bekannten Antrag des Herrn v. Arnim, und enthält sie dabei, wie bei dem vorgerückten Stadium ihrer governementalen Entwicklung gleichfalls vorauszusehen ist, sich jeder verworrenden oder einschränkenden Klausur, so dürfte kaum ein Staatsrechtslehrer, welcher überhaupt die Fortbildung des öffentlichen Rechtes durch Gewohnheit gründlich zugiebt, den Satz noch zu beanstanden wagen: daß nach der preußischen Verfassung die Regierung in der Leitung der auswärtigen Politik unbeschränkt und unverantwortlich, die Volksvertretung aber zur Einmischung in dieselbe incompetent ist, oder, wie Herr v. Bodenbichler sich gelind und liberaler ausdrückt, das unzweckmäßige Stottern der Partei Arnim-Gerlach gelungen, das unzweckmäßige und genau präzisste Ausgabenberechtigungsgesetz wenigstens zu einem Nonsense zu erkennen.

So wird von unserm Augen die Verfassung, ohne daß auch nur ein Titelchen derselben gestrichen würde, auf den Wege einer legalen Praxis zu einem Schatten ausgehöhlt. Und fragen wir nach dem Grunde, so weiß man uns keinen andern anzuführen, als: die Nothwendigkeit der Erhaltung der Verfassung und der Kammer.

Wir wissen die Aufopferung vollkommen zu schätzen, mit welcher die Kammer durch alle Schwierigkeiten gegen ihre innere Unbeschränktheit vorausgegangen ist, nur um sich uns zu erhalten und aufzuhören, aber doch will uns die Frage nicht aus dem Sinne: wofür sie denn eigentlich sich aufzuhören wollen?

Erhebung einer unbeschränkten gesetzgebenden Gewalt Seitens der Regierung bietet, wird von den Kammern mit einer unglaublichen Liberalität behandelt. Die erste Kammer wird diese Frage bezüglich der Presordonanz einmal gelegentlich und sicher ganz cavalierisch abmachen. Die zweite Kammer hat sich bereit, ihrer Kommission für das Disziplinarverfahren, welche der Meinung war, irgendwo müsse doch der Octroyierungslust ein Riegel vorgeschoben werden, mit ungeheuerer Majorität ein entschiedenes Dementi zu geben. Die Frage aber, ob denn jede Art von Octroyierungsfähig sei, oder ob die abnorme Befugnis der Regierung zur einseitigen Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nicht auch materiell auf einen möglichst engen Kreis zu beschränken sei, ist bis jetzt kaum zur Sprache gekommen.

Die Regierung wird aus den bisherigen Beobachtungen kaum etwas Anders entnehmen können, als den Grundsatz, daß sie zu jeder Zeit, auch unmittelbar oder nach der Kammerdebatte über jede bestehende Materie Gesetze erlassen könne, und daß ihre allein ein überwiegendes Dringlichkeitsgrund sei.

Nachdem die Kommission die Verordnung jetzt geprägt und abgeändert hat, beantragt sie, diesem Gesetzentwurf die Zustimmung zu ertheilen und stellt schließlich den Antrag:

die hohe Kammer wolle beschließen, ihre Erklärung über die Genehmigung der Verordnung in folgender Formel auszusprechen: die Gültigkeit der Verordnung vom 10. Juli 1849 erlischt, falls dieselbe nicht früher durch ein Gesetz außer Kraft gesetzt wird, mit dem Schlusse der gegenwärtigen Sitzungssitzung der Kammer.

Der Reichstagsabg. Wenzel beantragt die allgemeine Debatte mit der über § 1 zu verbinden und am Schlusse der Beratung des ganzen Gesetzes dieselbe zur Abstimmung zu bringen.

Zustimmung Simon's: Die Fragen stehen aus dem Grunde nicht in einem unzweckmäßigen Zusammenhange, weil die Kommission die Dringlichkeit des Entwurfs nicht anerkannt habe. Es würde aber für den Gang der Diskussion vortheilhaft sein, daß zuerst über die Dringlichkeit der Verordnung die Diskussion eintrete.

Der Abg. v. Vincke spricht für den Kommissionsantrag.

Bei der Abstimmung ergiebt sich kein Resultat und es wird zur Zahlung geschritten, nach welcher die Kammer mit 125 gegen 117 Stimmen beschließt, die Diskussion über die Dringlichkeit sofort einzutreten zu lassen.

Es erhält zuerst der Abg. Breithaupt für die Dringlichkeit das Wort.

Wenn die Regierung von dem Art. 103 mehrfach Gebrauch gemacht habe, und wenn natürlich die Regelung der Gerichte nothwendig eine Regelung der Disziplin zur Folge haben müsse, so ergiebt sich daraus, wie hinfällig die Gründe der Kommission seien und empfiehlt der Redner schließlich der Kammer die Dringlichkeit der Verordnung anzuerkennen.

Abg. Stiehl beklagt, daß die Verordnung nicht viel früher, sondern erst sehr kurz vor dem Zusammentreffen der Kammer erlassen worden sei. Man könnte daraus der Regierung den Vorwurf machen, es habe dieselbe noch auf so kurze Zeit vor dem Zusammentreffen der Kammer, ihre Octroyierungslust zu erkennen gegeben. Aber es sei dennoch in der glücklichen Lage, der Regierung für alle damals octropierten Gesetze seinen Dank zu sagen, da diese hierdurch in mancher Beziehung die gesetzmäßige Ordnung wieder hergestellt habe. Es beflügelt bei einigen Berednern nur, daß der richtige Zeitpunkt verschoben werden sei. Der Redner verfaßt nun auch in dem Material nachzuweisen, wie wichtig ein solches Gesetz für den Richterstand sei, indem schon die Kommission in ihrem Bericht anekte habe, daß eine Ordnung in dieser Beziehung eintreten müsse.

Faktisch habe vom März 1848 bis Juli 1849 ein fast anarischer Zustand in dem Stande der Richter geherrscht, da es sich nicht leugnen lasse, daß gerade ein großer Theil der Führer der Umsturzpartei aus jenem Stande hervorgetreten sei. (Bravo!) Die beiden Anträge der Kommission scheinen ihm nur den Zweck zu haben, der Regierung bei dieser Gelegenheit Unzufriedenheiten und Unannehmlichkeiten zu bereiten. (Bravo!) Diese Abstimmung sei aber wo anders zu suchen und habe es ihm geschienen, als ob darin, daß die Verordnung eine octropierte sei, dieselbe zu finden wäre; oder aber ob die letzte Zeit die Veranlassung dazu gegeben habe. Es sei ihm nur der Gedanke gekommen, daß die Kommission Gelegenheit genommen habe, der Regierung, wegen eines ihr nachgesprochenen selbstständigen Bestrebens, bei dieser Verordnung gerade etwas anzuhängen, aber diesen Gedanken habe er bei reifer Überlegung nicht bestätigt finden können. Wenn es aber wahr wäre, daß die auswärtige Politik der Regierung dem Vaterland Schwächen bereitet könnte, so hätte er für sich keinen höhern Zweck, als die Regierung und das Vaterland von kleinen wieder zu stärken, aber es darf dennoch Niemanden einzufallen, die Regierung dies bei anderer Gelegenheit fühlen zu lassen.

Er sei deshalb fest überzeugt, daß das Haus nie dazu die Hand bieten werde, der innen Rechtigkeit über die höhere Politik der Regierung, gegen das Interesse des Landes und der Gesetze einen Ausfluß zu geben. (Bravo!)

Abg. v. Vincke für den Kommissions-Antrag: Der Vorredner hätte die Kammer mit seinen Nebelsäuden verschonen sollen, zumal da die auswärtige Politik der Regierung in der Kommission gar nicht zur Sprache gekommen sei. Wenn es den Mitgliedern der Kommission darauf ankomme, der Regierung Unannehmlichkeiten zu bereiten oder derselben gegenüber zu treten, so seien die Mitglieder derselben Männer genug, um dies bei anderen Gelegenheiten offen und ehrlich zu sagen. Was aber die Lenkerungen über den preußischen Richterstand betreffe, so sehe derselbe immer noch so ehrenvoll da, wie keiner der Welt, und er wolle einen Richterstand eines andern Landes suchen, der sich mit dem preußischen messen könne. Das gegenwärtige Gesetz rufe die früheren Zustände wieder heraus, und es hätte weiter nichts bedurft, als eines einen Paragraphen, daß das Gesetz vom 29. März 1844 wieder in Kraft trete. War das Gesetz aber so dringend, so konnte die Regierung der vorigen Kammer das Vertrauen schenken und derselben einen solchen Gesetz-Entwurf vorlegen. Die gegenwärtige Stellung und Achtung der drei Staatsgeneralen bedingen jedenfalls, daß die Regierung vor einer Octroyierung sich frage, wie werde dieselbe von den Kammer ausgenommen werden. Die Kammer habe diese Achtung vielmehr gewahrt.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Kommission hat in ihren Sitzungen vom 8. Januar bis 11. Februar sich zunächst mit der Verordnung vom 10. Juli 1849, betreffend die richterlichen Beamten, beschäftigt und hat nach Anhörung der Gründe und Gegengründe den Besluß gefasst, bei der Kammer zu beantragen, daß die Dringlichkeit der Verordnung vom 10. Juli 1849 nicht anerkannt werde.

Gleich günstig ist die fast schrankenlose Ausdehnung, welche schon jetzt die Kammer durch ihre Beschlüsse dem Artikel 63 der Verfassung gegeben haben. Die Dringlichkeitsfrage, deren strengste Beantwortung die einzige Garantie gegen die allmäßige

ungslust Bügel angelegt werden. (Mitten rechts!) Er stimme für den Kommissionsantrag.

Justizminister Simons: Mehrere Bestimmungen der Verordnung vom 29. März 1844 erregten Widerprüche, weshalb dieselbe am 6. April 1848 aufgehoben wurde. Durch den dadurch hervorgerufenen Zustand der Ungewissheit lag nun eine dringende Veranlassung zur Regelung desselben der Regierung nahe und erkennt der Kommissionsbericht dies sogar in einem Sache an. Dem eingetretenen Zustand mußte abgeholfen werden und hatte somit die Verordnung jedenfalls Anspruch auf die Dringlichkeit. Man hat Urtheile über den preußischen Richterstand gefällt. Er wisse, daß eine Menge Personen, denselben angehörig, gesetzlich haben, aber er sei der Meinung, daß diese kein schlechtes Licht auf den ganzen Stand werfen können. Es sei aber nothwendig geworden, diese Ausnahmen unmöglich zu machen, um für die Folge das Ansehen und die Achtung, deren sich der preußische Richterstand bisher erfreute, zu sichern. (Bravo!) Um den Einwürfen zu begegnen, müsse er anführen, daß die Regierung sich nicht überreisen dürfe, sie habe gethan, was in ihren Kräften stand. Von dem letzten Redner sei angeführt, daß die Regierung sich hätte beschränken mögen, den Zustand wieder herzuführen, der vor dem Jahre 1848 bestanden habe; wäre die Regierung aber dieser Rücksicht gefolgt, so hätte dies zu den massivsten Angriffen gegen die Regierung geführt, man hätte sie sogar der Verfassungs-Verleumdung beschuldigt. Unter diesen Umständen beantrage er, die Dringlichkeit anzuerkennen und dem Votum beizutreten, welches die Kommission in der vorigen Session abgegeben habe, in welchen den Umständen die nötige Rechnung getragen worden sei. — Der Schluss der Diskussion wird mit großer Majorität angenommen.

Der Abg. Stiehl führt in einer persönlichen Bemerkung aus, daß er in seiner Rede nicht beabsichtigt habe, dem preußischen Richterstand zu nahe zu treten, und wolle dies, wenn er sich falsch ausgedrückt habe, hiermit revidieren.

Zum Schlus erhält der Berichterstatter Abg. Wenzel das Wort und begründet noch einmal in einer längeren Ausführung das Kommissionsvotum, worauf der Hr. Justizminister noch eine kurze Gewidderung folgen läßt.

Bei der Abstimmung wird zuerst ein Antrag des Abgeordneten Reuter: „In Erwägung, daß der Art. 105 der Verfassung unter der Art. 63 derselben gewichen ist, die Prüfung der Frage, ob die Verordnung vom 10. Juli den Voraussetzungen des Artikels 105 entspreche, also keinen Werth mehr hat, von der Aussprache über die Dringlichkeit derselben abzuziehen, verworfen.

Es wird nunmehr über den Kommissionsantrag namentlich abgestimmt, mit der Verwerfung des Kommissionsantrages ist die Annahme des ersten Punktes des von Breithaupt (Wittstock) und Genossen gestellten Antrages identisch, da dieser lediglich dahin geht:

die Dringlichkeit der Verordnung vom 10. Juli 1849 anzuerkennen.

Mit Ja stimmen: Riedel, Schöppenberg, Scholten, Gr. Schwentin, Simson, Beilkampf, Toebe, Ulrichs, v. Winck, v. Auerswald, Bardeleben, Scheidtmann, Beseler, Bürgers, Camphausen, Graf Döhne, Richthofen (Striegau) ic.

Mit Nein: Osterholz, v. Patow, v. Kleist, v. Klügkow, Scheerer, v. Schlotheim, Schulenburg, v. Selchow, Stämmel, Stiehl, v. Stockhausen, v. d. Heydt, v. Mantaußell, Gr. Billers, Aldenhoven, Graf v. Arnim, v. Bodschwingh (Hagen), Bonser, v. Brauchitsch, v. Bismarck-Schönhausen, Graf Zieten ic.

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Mit Ja stimmen 82, mit Nein 191. Der Kommissionsantrag ist also verworfen und damit der Breithaupt'sche Antrag angenommen.

Man geht zu allgemeiner Diskussion über, mit welcher die über die §§ 1 und 2 verbunden wird.

Es sind zu den §§ 1 und 2 verschiedene Amendements eingelaufen; zunächst seitens der Abg. v. Brauchitsch und Genossen, welches dahin geht:

Zu § 1 und 2 der Verordnung und der Vorschläge der Kommission: unter Verwerfung der Vorschläge der Kommission in den §§ 1 und 2 der Verordnung unverändert beizubehalten und den § 2 in folgender Fassung anzunehmen: § 2. Wegen Verbrechen, Vergehen oder Überrettungen, welche ein Dienstvergehen enthalten, kann ein Richter nur im gewöhnlichen Verfahren und durch die gewöhnlichen Strafgerichte schuldig erklart und in die durch die Strafgesetze angedrohten Strafen verurtheilt werden. Die Anwendung der Disziplinarstrafen erfolgt in Gemäßheit des gegenwärtigen Gesetzes.

Ein hierzu vom Abg. Büchtemann gestelltes Unter-Amendement will in dem § 2 des Amendements Brauchitsch in den Sac: „welche ein Dienstvergehen enthalten,“ hinter „welche“ ein „zugleich“ einschieben.

Nach dem Regierungs-Entwurf lauten beide Paragraphen:

§ 1. Dienstvergehen ist jede Verleugnung der Pflichten, welche der Richter durch sein Amt auferlegt werden. Zu diesen Pflichten gehört, daß der Richter sich durch sein Verhalten in und außer dem Amt der Achtung, des Antrahns und des Vertrauens würdig beweise, die sein Beruf erfordert.

§ 2. Amtsverbrechen, wegen welcher eine Bestrafung nach den bestehenden Gesetzen auf Grund eines Verfahrens vor den gewöhnlichen Strafgerichten stattfindet, sind nur diejenigen Verleugnungen der Amts-pflicht, welche mit einer Strafe des gemeinen Strafrechts bedroht sind, dieselbe besteht in Freiheitsstrafe oder einer schweren Strafe in immerwährender oder zeitlicher Unfähigkeit zu öffentlichen Amtshandlungen, oder in einer anderen immerwährenden oder zeitlichen Entziehung oder Einschränkung staatsbürglerischer Rechte, in Stellung unter Polizei-Auflust, oder in einer solchen Gelbbluse, deren Höhe sich nach der Größe des verursachten Schadens oder des gejagten Gewinnes richtet. Diese Bestrafung findet Anwendung ohne Rücksicht darauf, ob die Handlung bloß mit einer Strafe des gemeinen Strafrechts oder zugleich mit der Dienstentlastung oder einer andern der im § 4, Nr. 1 und 2 bezeichneten Strafen bedroht ist; sie ist auch in den Fällen anwendbar, wo als Bestrafung einer Gelbbluse des gemeinen Strafrechts die Dienstentlastung angedroht ist.

Nach dem Kommissions-Entwurf:

§ 1. Ein Richter, welcher sich einer, der im Strafgesetzbuche vorgebrachten Pflichtverleugnungen schuldig macht, unterliegt den ordentlichen Strafgerichten und den ordentlichen Strafsachen.

§ 2. Ein Richter, welcher 1) auf eine andere Weise eine der Pflichten verleugnet, die ihm sein Amt auferlegt, oder 2) sich durch sein Verhalten in und außer dem Amt der Achtung, des Antrahns oder Vertrauens, den sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt, unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes.

Abg. v. Breithaupt begründet sein Amendement. Er vermisst eine Definition in dem Kommissionsentwurf und findet den § 1 des Kommissionsentwurfs überflüssig. Diesen Mängeln werde durch sein Amendement abgeholfen.

Abg. v. Winck (für den Kommissions-Entwurf) entgegnet dem vorhergehenden Redner, indem er die Nothwendigkeit einer Definition in einem Gesetze leugnet und in ein Lehrbuch verweist. Zugleich sucht er denselben verschiedene Fehler in der von ihm vorgeschlagenen Definition der Amtsverbrechen nachzuweisen.

Der Regierungs-Kommissarius empfiehlt das Amendement von Brauchitsch. Die Verordnung beginne mit der Begriffsbestimmung der Dienstvergehen. Die Kommission verneide dies, und wenn sie im Allgemeinen den Ausdruck Dienstvergehen zu vermeiden gesucht habe, so sei ihr dies nicht gelungen, wie der § 3 nachweisse. Der Regierungs-Entwurf stelle zunächst einen Begriff der Vergehen im Allgemeinen auf, somothen deren, die unter das Strafgesetz fallen, als auch deren, die unter das Disziplinarstrafgesetz fallen. Der § 2 des Amendements v. Brauchitsch habe nun auf diesen die Vergehen hervor, welche nur eine Verleugnung der Amtsgerichtschaft seien und nur unter das Disziplinarstrafgesetz fallen. Diese Definition ist richtig und bilde die Grundlage des ganzen Gesetzes. Die §§ 1 und 2 der Kommission mäthen dagegen einen Gegensatz, der sich in den Vorschlägen selbst als falsch erweise. Denn aus dem § 1 folge, daß ein Richter, der sich einer der im Strafgesetzbuche vorgebrachten Pflichtverleugnungen schuldig mache, nur dem ordentlichen Strafsachen, nicht dem

Disziplinarverfahren verfalle. Hiermit siehe § 5 im offenbaren Widerspruch.

Im § 52 der Kommission sei ein Gegensatz gemacht, der der Vermuthung Raum gebe, daß es nicht zu den Amtspflichten des Richters gehöre, sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amt der Achtung, des Antrahns oder Vertrauens, das sein Beruf erfordere, würdig zu zeigen. Er empfiehlt daher das Amendement v. Brauchitsch.

Der Justizminister fügt hinzu, daß die Regierung mit dem Unteramendement des Abg. Büchtemann, das Wort „zugleich“ hinzugefügt, einverstanden sei.

Der Berichterstatter Abg. Wenzel vertheidigt zum Schlus die Kommissionsanträge und nimmt Gelegenheit, die Gründe auseinander zu sehen, welche die Kommission veranlaßt haben, überhaupt ein Disziplinarverfahren gegen Richter zuzulassen. Es komme darauf an, nachzuweisen, daß durch dieses Disziplinarverfahren die richterliche Selbstständigkeit nicht beeinträchtigt werde. Dies geschehe nicht, weil das Verfahren auf Grund eines Gesetzes geschehe, ein gesetzmäßig geregeltes Verfahren sei und das Urteil durch ein Richterkollegium gefällt werde. Er rechtfertigt hierauf die Fassung der §§ 1 und 2, wie die Kommission sie vorgeschlagen. Man verlange eine Definition, und im ganzen Strafgesetzbuch finde sich glücklicher Weise keine Definition. Auch entspreche die in dem Amendement Brauchitsch vorgeschlagene Definition nicht den Erfordernissen einer solchen. Die Kommission habe die theoretischen Unterscheidungen vermieden und habe sich an eine sehr praktische Stütze gebalten. — Mit dem Rückter'schen Amendement erklärt sich der Berichterstatter persönlich einverstanden.

Man schreitet zur Abstimmung, zunächst über das Amendement Rückter, welches dahin geht, in dem § 1 der Kommission für den Ausdruck „im Straf-Gesetzbuche“ zu setzen: „im gemeinen Strafrecht.“ Dasselbe wird angenommen. Ebenso wird das Büchtemann'sche Amendement angenommen.

Nach dieser eventuellen Abstimmung wird zunächst über die §§ 1 und 2 des Kommissions-Antrags abgestimmt. Die namentliche Abstimmung wird ausreichend unterstützen.

Der Kommissions-Antrag §§ 1 und 2 mit dem Rückter'schen Amendement wird mit 144 gegen 132 Stimmen angenommen.

Schlus der Sitzung 3 Uhr
Nächste Sitzung: Morgen 12 Uhr Mittags.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Berlin, 28. Febr. Se. Majestät der König haben allgemein geruht dem Oberkonsistorialrat und zweiten Dom-Prediger Dr. Mäns in Magdeburg den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, sowie dem evangelischen Kirchschulherren und Organisten Dütterbeck zu Altstadt im Regierungsbezirk Königsberg das allgemeine Ehrenzeichen; dem Kreisgerichtsrath und zweiten Direktor bei dem Kreisgerichte zu Münster, Giese, bei seiner Versezung in den Ruhestand den Charakter als geheimer Justizrat; dem Kreisgerichts-Sekretär Leopold in Köslin bei seiner Versezung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlerath; dem Rechtsanwalte und Notar Bader zu Mühlhausen den Charakter als Justizrat zu verleihen.

Angekommen: Der General-Major und Remonte-Inspekteur v. Obenbeck, von Koblenz.

Berlin, 28. Febr. [Ein Restaurationsplan.] Wirtheiten vor wenigen Tagen, so schreibt die Nat-Ztg., einige Stellen aus einem Briefe des Hrn. Capefique in der „Assemblée nationale“, mit, nach welchen schon seit den Warschauer Konferenzen ein großartiger Restaurationsplan bestehet, welcher sich nicht auf militärische und politische Repressivmaßnahmen gegen die gähnenden Elemente der Neuzeit bezieht, sondern denselben vielmehr durch eine durchgreifende Reorganisation der materiellen und kommerziellen Interessen den Boden mit Erfolg zu entziehen hofft.

Unsere früheren Berichte aus Dresden deuten bereits verschiedne Projekte an, welche auch in den dortigen Kreisen über die beste Art, den Uebeln der Zeit an ihrer eigentlichen Wurzel beizukommen, besprochen worden seien. Wir geben in dem Folgenden eine Erweiterung dieser Andeutungen, nicht als ob jene Projekte bereits in durchaus bestimmten Zügen vorlagen, oder gar der Ausführung fähig wären.

Es handelt sich um die Restaurierung der Monarchie auf der Grundlage einer mittelalterlichen Gliederung der Stände. Die Kultur von Jahrhunderten hat den Boden umgeackert, auf welchem einst jene Gliederung gewachsen, mit dem Emporkommen von Handel, Industrie und Landwirtschaft sind an die Stelle der legitimen Kaufleute, Fabrikanten, Landwirthe und Handwerker getreten, welche nur den Anspruch machen, das zu genießen, was sie redlich erworben.

Mit diesen Faktoren, welche die Ergebnisse der modernen Kulturrentwicklung, der Wissenschaft und der Arbeit geworden, können die Kaufleute den mittelalterlichen Staat nicht aufführen. Da der mittelalterliche Staat für die Ereichung ihrer Zwecke eine absolute Nothwendigkeit ist, so seien sie sich gezwungen, mit allen den großen Mitteln, welche die herrschende centralistische Staatsmacht ihnen zur Verfügung stellt, den Kampf gegen die unfügamen, widerstreben, hindernden Faktoren, den Kampf gegen das Bürgerthum aufzunehmen.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Die Bourgeoisie ist eine Schmarotzerpflanze, — dieser Sac der Sozialisten wird in kürzester Zeit in allen Städtenversammlungen und Zeitungen gepredigt werden, in welchen die Aristokratie ihren Sac aufgeschlagen, und von welchem aus sie die gefürchtete göttliche Ordnung auf den ewigen Frieden aufzubauen versucht.

Erwerbsquellen des Bürgerthums in die Kassen der Staatsverwaltung leitet.

Hierdurch werden neben der Ereichung der politischen Aufgabe auch noch im Interesse der Staatsfinanzen und der staatlichen Verwaltungsorganisation hochwichtige Ergebnisse gewonnen, welche schon allein Veranlassung sein müsten, mit der „ökonomischen Reorganisation“ vorzugehen. Wenn auch die Regierungen einiger Staaten den vorgeschlagenen Plan seiner politischen Ergebnisse wegen zurückweisen wollen, weil ihnen die Entscheidung fehlt, einen so großen Gedanken durchzuführen, so würden für die meisten Staaten die Finanzstände allein die Ausführung des Planes gebietender erheben.

Die Erwerbsquellen des Bürgerthums können wie gesagt nicht alle auf einmal, sondern nur allmälig angegriffen werden.

Der Staat soll zuerst an die Expropriation großer Unternehmungen gehen, vorläufig sein Augenmerk auf die Gewinnung der Verkehrsmittel, dann auf die großen Industrien und auf den Handel mit bedeutenden Verbrauchsartikeln richten.

Die Eisenbahnen müssen sämlich in die Hände des Staates gelangen. In den meisten Staaten schreitet die Expropriation dieser Unternehmungen vor, und bald werden dieselben gänzlich den Privaten abgenommen werden können. Mit der Verwaltung des Eisenbahnbetriebes wird dann schleunigst eine polizeiliche Überwachung des Verkehrs auf denselben in Verbindung gebracht werden.

Neben den Eisenbahnen und Dampfschiffahrten mögen sodann die Kanäle, der Bergbau, die Wälder für Staatsmonopole erklärt und expropriirt werden.

Von den großen Industrien sind zunächst die Zucker-Raffinerien und die Baumwollspinnereien und Webereien für den Staatsbetrieb geeignet. In den Handelszweigen mag neben dem Tabakmonopol der gewinnreiche Handel mit Kolonialwaren und anderen bedeutenden Lebensmittel der Verwaltung des Staates unterzogen werden. Die Steuern auf Lebensmittel bleiben aufrecht. Die Steuern auf Lebensmittel bleiben aufrecht.

Die Arbeiten in den Staatsfabriken werden militärisch organisiert und diszipliniert. Nur Personen, welche im stehenden Heere gedient, werden in die Arbeiterkompanien aufgenommen und haben Anspruch auf Staatsverpflegung im Alter. Zwischen den Arbeiterkompanien und dem Heere wird eine Verbindung organisch hergestellt. Es wird dadurch möglich werden, die Kosten für disziplinierte Heere zu verringern.

Die Arbeiter werden in Arbeiterkasernen vereist. Die Absicherung von den Privatarbeitern wird ihren disziplinierten Geist von revolutionärer Anstellung frei erhalten und die materiell bessere Stellung, der höhere Lohn und die Aussicht auf Versetzung im Alter und Krankheit aus Staatsmitteln, werden ihre Ergebisse für die Regierung eben so sehr sichern, als den Anfang der Arbeit an die Staatsarbeiten steigern.

Die allgemeine Wehrpflicht und das System der Landwehr ist

die Zahlung eines solchen Gewinn-Anteils an den Staat bestimmt worden, dagegen hat die Seehandlung durch Abgabe von Staatschuldscheinen anstatt Kassen-Anweisungen dem Staat einen Zinsengenuss von 70,000 Rikten abgetreten. Nach Ansicht der Vertrauensmänner (aus der Spezial-Kommission) gesetzter jedoch die gegenwärtige Lage der Seehandlung, einen Gewinn-Anteil von 100,000 Rikten an die Staatskasse abzuführen, und da der Regierungskommissar dieser Ansicht nicht widersprochen hat, so trat die Central-Kommission dem Antrage der Spezial-Kommission bei.

Berlin, 28. Febr. [Tagesbericht] Die bereits von den hiesigen Blättern erwähnten Beförderungen in den höheren Verwaltungsstellen sind kürzlich von des Königs Majestät dahin vollzogen worden, daß der Regierungskommissar-Vize-Präsident Freiherr v. Manteuffel zum Regierungskommissar in Frankfurt a.D., an dessen Stelle der Ober-Regierungskommissar Rath v. Byern zum Regierungskommissar in Königswberg; ferner der Regierungskommissar-Wedell in Straßburg zum Regierungskommissar in Merseburg und an seiner Stelle der Ober-Regierungskommissar Rath v. Sanden in Köslin zum Regierungskommissar in Straßburg ernannt worden. (C. C.)

Gestern Abend waren S. M. im Concert, dann auf der Soiree bei dem Fürsten Radziwill.

Gestern Mittag sind S. M. die Königin zum ersten Mal wieder ausgefahrene.

Nachdem der zum diesseitigen Kommissarius in Hessen ernannte Staats-Minister a. D. Uhden positive Grundlagen und Instruktionen für die ihm übertragenen Unterhandlungen in Dresden erhalten hat, durfte derselbe in Kurzem auf seine Stelle nach Kassel abheben.

Der Direktor im Ministerium des Innern, Herr von Puttkammer, wird sich morgen auf etwa 12 Tage nach Danzig begaben.

In der Generalversammlung der Haupt-Bank-Aktionäre, von denen nur dreißig anwesend waren, wurden vorgestern die Herren Fähndrich, Eschwe, Jacquier, Krause und Bode zu Mitgliedern des Bank-Direktoriuns gewählt. (M. Pr. 3.)

Ein Flügelabutant des Kaisers von Österreich, Hauptmann v. Schwarzer, ist hier anwesend.

Der hiesige Magistrat hat eine eigenthümliche Taktik adopted, um die Renitenz gegen die von ihm ausgeschriebene Sublevationssteuer zu bewingen. Er läßt diese hinsichtlich ihrer Legalität angefochtene Steuer mit der unbefründeten gerechtfertigten Mietshaussteuer gleichzeitig und gegen eine Gefanmtquittung erheben. Dadurch erlangt er den Vortheil, daß Exekutionen, die er vollstrecken läßt, auch wegen der nicht anerkannten Steuer vorläufig bestehen bleiben. (C. B.)

In der 34. Sitzung der Central-Budget-Kommission verlas der Abg. v. Bodelschwingh den Schluß des Berichts über den Staat der Militär-Berwaltung, woran dann noch die Erörterung einiger Fragen geknüpft wurde, deren Erledigung bis zum Schlusse des States verschoben war.

Zur Erledigung der Frage: ob es zulässig gewesen, die Stelle des katholischen Geistlichen in Annaburg aufzubauen? wurde nach Einsicht der Stiftungs-Urkunde das Sachverhältnis näher erörtert und die Kommission einigte sich dann zu folgendem Antrage:

in Erwägung, daß das Annaburger Erziehungs-Institut zur Zeit seiner Gründung paritätisch gewesen, tragt die Kommission darauf an: die Wiederherstellung der Parität ohne Erhöhung des Staatszuschusses für die Anstalt für wünschenswerte zu erklären.

Ferner wurde der Antrag eines Mitgliedes:

Den Friedensstand der Armee um 10,000 Mann
Beihufs Ersparnis an den Ausgaben zu vermindern,

mit 3 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Endlich sind noch die in der letzten Sitzung vom 4ten d. M. wegen Regulirung der Offizier-Gehälter gestellten zwei Anträge zur Diskussion gezogen, und der erste wurde jetzt in zweifacher Weise dahin verbessert:

1) in Anerkennung der ausgezeichneten Dienstleistung der Armee, so wie in Anerkennung der verhältnismäßig geringen Besoldung der älteren Subaltern-Offiziere, sich damit einverstanden zu erklären:

dass etwaige dauernde etatsmäßige Ersparnisse zur besseren Besoldung der älteren Premier-Lieutenants verwendet werden;

2) in Anerkennung der ausgezeichneten Dienstleistung der Armee, so wie in Anerkennung der verhältnismäßig geringen Besoldung der älteren Subaltern-Offiziere sich damit einverstanden zu erklären:

dass alle etwaigen Ersparnisse bei den Ausgaben für das Offizier-Corps zur besseren Besoldung der älteren Premier-Lieutenants verwendet werden.

Der erste Antrag wurde verworfen, der in der zweiten Anerkennung mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen.

Schließlich wurde noch der Antrag gestellt und einstimmig angenommen:

Die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß dem nächsten Staatshaushalt-Stat eine Übersicht der Mehrkosten beigelegt werde, welche das Herr für den Fall der Mobilmachung in seinen einzelnen Abtheilungen erfordere.

Deutschland.

Frankfurt, 24. Februar. [Bundesversammlung.]

Die Einlegung der Bundesbehörde, welche man hier in Kurzem entgegensehen zu dürfen glaubte, wird wieder um etwas verzögert, und zwar, wie eine Version wissen will, aus Rücksicht für den Widerburch einiger kleineren Staaten gegen die vorschlagene bekannte Form. Nachrichten, welche im Laufe des gestrigen Tages von Dresden hereingetragen, machen, wie ich vernehme, eine Sitzung der Bundesversammlung nothwendig, welche heute früh abgehalten wurde. — Diese Reise des Grafen Leiningen nach Dresden war nicht, wie in verschiedenen Blättern berichtet wurde, zu dem Zwecke, um bei den dortigen Konferenzen Bericht über kürzestische Zustände zu erstatten, ebensoviel war sie durch eine Differenz zwischen ihm und dem Kurfürsten verursacht, wie von anderer Seite behauptet wurde, sondern sie galt lediglich einer Besprechung mit dem Fürsten Schwarzenberg wegen des Wechsels der Person des preußischen Kommissars in Hessen, Herrn General-Lieutenant von Peucker.

Stuttgart, 26. Febr. [Das Schreiben des Königs von Württemberg.] Es ist verschiedentlich in öffentlichen Blättern von einem Briefe des Königs von Württemberg an den Fürsten v. Schwarzenberg über die Vertretung des deutschen Volks die Rede gewesen. Ich bin im Stande, Ihnen in Nachtheidem den, sobald ich weiß, noch nirgend veröffentlichten Worttauft dieses interessanten Aktenstückes zu geben, für dessen wörtliche Genauigkeit ich einstehen zu können glaube:

Ew. Durchlaucht! Aus den Berichten meines Bevollmächtigten in Dresden habe ich ersehen, daß Sie entschieden den Gedanken verwerfen, neben der von uns neu bestellten obersten Bundesgewalt eine Vertretung der Gesamt-Nation ins Leben zu rufen. Daß ich diese Nachricht der Gesamt-Nation ins Leben zu rufen, nach meiner bekannten aufrichtigen Beflag, werden Ew. Durchlaucht nach der Kürzestzeit auch in dieser offenen Erklärung natürlich finden. Was mich betrifft, so habe ich sowohl vor als nach den bedeutenden Ereignissen des Jahres 1848 eine Reform der Bundesakte und namentlich eine Revision des 13. Artikels derselben für ganz unerlässlich gehalten. Die legtere insbesondere sehe ich auch heute noch als das wahre Palladium und als den einzigen richtigen Prokrusten alles Deßen an, was wir in Dresden Ge-

meinfames verbündeln und bejählichen werden. Soll aber der erwähnte Artikel in einer Weise residirt werden, welche nicht hinter der Zeit und nach moralischen Bedürfnisse der Nation zurückbleibt, so müssen wir die bisherige landständische Vertretung auf das föderalistische Band im Gangen anwenden, und die eingeladenen Standesamtmänner in ein einziges, oberstes Nationalparlament zusammenfassen. Nur mit einem so vereinten Parlamente ist, nach meiner festen Überzeugung, die Begründung einer einigen, starken und ganz besondern einer allseitig geachteten und dauerhaften Generalrat möglich, deren Thatigkeit, Thatkraft und Ansehen man gewiss in ihrer äußern Zusammenhang und numerischen Bevölkerung ganz allein suchen würde. In unsern Tagen zumal vermag die bloße physische Gewalt kein Gemeindeaufzug zu halten; Repressionsgesetze und Polizeiordnungen allein haben bis jetzt weder staatliche Institutionen geblieben, noch staatliche Umwandlungen abgewandt. Ich ich mich nicht, so kann uns Dies der normalen Bündnis an einem abhängenden Beispiel zur Genüge beweisen! Ein Staatenverbund ist ungleich schwerer zu führen und zusammenzuhalten als ein Einzelstaat. Jener bedarf noch ungleich mehr als dieser eines gemeinschaftlichen moralischen Bandes, welches ihn gegen innere Auflösung und auswärtige Verfolgung schützt. Ein solches moralisches Band für ganz Deutschland kann aber zeitgemäß nur ein allgemein parlementarisches sein. Ganz vergeblich würden wir einen Gras für dasselbe in einer allgemeinen Zoll- und Handelsverbindung juchen. Die materiellen Interessen fordern weit mehr die gesellschaftliche Umwandlung, als daß sie diele verbünden; diese Interessen schlagen sich nicht, sie ziehen sich zurück und unterwerfen sich schnell und unbedingt in der Stunde der Gefahr und sie sind so veränderlich wie das Vermögen, auf welches sie sich stützen; ihre ausdrückliche Forderung hat in Frankreich weder den Sturm der Restauration noch die Staatsumwandlung von 1848 verhindert. Nach meinem Dafürhalten ist eine von der Gemeinschaftsvertretung der Nation geschaffte und gehobene Bundesregierung ganz allein im Stande, nach unten die zerstreuten Elemente zu bemeistern und nach oben die Abförderung und die Lebhaftigkeit des Bundes-Gewalt, sowie die Förderung des gemeinschaftlichen Bandes unter den Einzelregierungen mit Erfolg zu verhindern. Wenn wir der Nation den ihr gebührenden Selbstbehalt an den obersten Angelegenheiten ihres staatlichen Gesamtlebens vorerhalten, so dürfen wir nicht hoffen, sie mit der Bundesverfassung auszuhöhlen, und ebensoviel die Revolution in Deutschland zum Stillstande zu bringen, vielmehr wird sich mit der Zeit der alte Kampf aller anarchistischen Kräfte in und außerhalb der verschiedenen Ständesämmern gegen die oberste Bundesgewalt ans neue entwischen, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich dabei von der Voraussetzung ausgehe, daß dieser Kampf auf die Länge nicht zum Vortheil unserer neuen politischen Schöpfung auszählen wird.

Im Obigen haben Ew. Durchlaucht mein aufrichtiges politisches Glaubensbekenntniß über die Frage der staatlichen Neugestaltung Deutschlands. Entweder können wir in den Einzelstaaten ohne Kammer- und Volksvertretungen regieren oder wir können Dies nicht. Können wir es nicht, so können wir auch im Mittelpunkte des Bundes eine solche Vertretung nicht entbehren, wenn wir anders früher oder später nicht zwischen den neu zu errichtenden Centralgewalten und den desorganisierten ständischen Elementen einen Konflikt herren wollen, welcher auf die Länge den Bund innerlich lockern und nach außen mehr und mehr abschwächen müßt. Die Ausführbarkeit eines allgemeinen parlamentarischen Bandes befreiten, heißt nach meiner Anschauungsweise nichts Anderes als den Bund selbst mit dieser Zeile unvereinbar und auf die Dauer für unmöglich erklären. Durchlaucht wissen, ich bin kein Freund von improvisirten Charakter und modernen Staatsexperimenten, aber eben so wenig wie ich auf dem politischen Felde die Einführung oder Rückkehr Dessen, was zu spät kommt oder sich überlebt hat. Als Bundesfürst werd ich gegen den neuen Bund wie gegen den alten meine Pflichten gewissenhaft erfüllen, aber als Deutscher und als Regent meines Landes kann ich nach Gewissen und Überzeugung eine Bundesrevision nicht als eine zeitgemäße, genügende und definitive erkennen, welche den gerechten Ansprüchen der Nation auf eine Selbstbehauptung an ihren Glückschickseln ein ich alt genug, um die unausbleiblichen Folgen des Handelns von des Unterlaßens von allen Demjenigen nicht mehr erleben zu müssen, was wir in diesem Augenblicke in Dresden vollbringen! Genehmigt Ew. Durchlaucht die erneute Versicherung derjenigen ausgezeichneten Hochachtung, mit welcher ich verbleibe Ew. Durchlaucht ganz ergeben (gez.) Wilhelm. Stuttgart, 18. Januar 1851.

Die Regierung hat eine Kommission niedergesetzt, um die nötigen Entwicklungen der Reform unseres Gerichtswesens auszuarbeiten, welche der nächsten Ständeversammlung vorgelegt werden sollen. — Dem Vernehmen nach soll die Ständeversammlung zum Mai einberufen werden. (Ref.)

Aus dem Großherzogthum Baden, 24. Febr. Nach dem jetzt verbliebenen neuen Preßgesetz bleibt alle Censur der Druckschriften, welche im Großherzogthum herauskommen, aufgehoben; dagegen darf kein erscheinen ohne Nennung des Verfassers, ohne den Namen des Verlegers oder Druckers und ohne die Angabe des Orts und die übliche Bezeichnung der Zeit des Drucks. Zur Herausgabe einer Zeitschrift oder Zeitung ist eine besondere obrigkeitsliche Erlaubnis nicht erforderlich. Jedoch ist für dieselbe ein verantwortlicher Redakteur zu bestellen und der Polizei-Behörde zu benennen. Der Redakteur muß badischer Staatsbürger sein, das 30. Jahr zurückgelegt und im Lande seinen ständigen Wohnsitz haben. Er hat, je nach dem öfters Escheinen der Schrift, eine Kautio von 1—4000 fl. zu stellen. Das Gesetz, welches sehr ausführlich ist, tritt mit dem 1. März d. J. in Wirksamkeit. (Ref. 3.)

** Kassel, 27. Februar. [Tagesbericht.] Der Major Pfister und der Hauptmann Renouard, vom Generalstab, zwei der tüchtigsten, wissenschaftlich gebildeten, kurhessischen Offiziere, haben wiederholt um den Abschied nachgefragt; als sie jüngsthin den Nevers wegen Befolzung der September-Verordnungen aussetzen sollten und denselben heute erhalten. — Durch alljährliche Verordnung am 25. d. M. ist die Ausübung des im § 3 der Verordnung vom 28. Sept. v. J. den Kommandanten überwiesenen Funktionen dem Kommandirenden des Garnisonsgerichts in Kassel übertragen worden. Hierdurch wird der Oberbefehlshaber oder der demselben untergeordnete Kommandant ersezt, welche nach jener Verordnung die Einleitung der kriegsgerichtlichen Untersuchungen zu verfügen hatten.

Gestern Morgen um halb acht Uhr rückte die bisher noch hier verbliebenen halbe Kompanie vom 3. Königlich bayerischen Jäger-Bataillon aus der Stadt, um in die Heimat zurückzukehren, ihr Weg über die Fuldaquelle, sie hatte 6 Bagagewagen bei sich. In der Stadt liegt nun kein bayerisches Fußvolk mehr, wohl aber hat vor deren Thoren in Wehlheiden, Wahlershausen, Kirchheim etc. Von dem kurfürstlich hessischen Gardegarde, wie von dem Jägerbataillon wird ein Theil der Mannschaft auf Urlaub entlassen. (Kass. Ztg.)

Hannover, 26. Februar. [Anfrage.] In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer stellte Lang II. in seinem und seiner Freunde Namen die Anfrage an den Minister des Innern: ob die Regierung beachtfte, vorher, ehe das Regierungsschreiben, betreffend die deutsche Frage auf die Tagesordnung gebracht werde, den Ständen diejenigen Aktenstücke mitzuteilen, welche eine genauere Beurtheilung des Verfahrens der Regierung ermöglichen? Lindemann erwiederte, daß dies nicht zugesagt werden kann, weil die Sache noch schwiebig; wenn indes eine Kommission zur Prüfung des Regierungsschreibens niedergesetzt werde, so würde es vielleicht möglich sein, der Kommission vertrauliche Mittheilungen zu machen. Lang war hiemit nicht zufrieden, sondern stellte den Antrag, zu beschließen: „K. Regierung zu erzählen, den Ständen diejenigen Aktenstücke mitzuteilen, welche eine genauere Beurtheilung des Verfahrens der Regierung ermöglichen?“ Lindemann erwiederte, daß dies nicht zugesagt werden kann, weil die Sache noch schwiebig; wenn indes eine Kommission zur Prüfung des Regierungsschreibens niedergesetzt werde, so würde es vielleicht möglich sein, der Kommission vertrauliche Mittheilungen zu machen. Lang war hiemit nicht zufrieden, sondern stellte den Antrag, zu beschließen: „K. Regierung zu erzählen, den Ständen diejenigen Aktenstücke mitzuteilen, welche eine genauere Beurtheilung des Verfahrens der Regierung ermöglichen?“

Oldenburg, 25. Febr. Heute ist das vielbesprochene Ablösungsgebot erschienen — das Gesetz, das uns endlich einen freien Bauernstand schaffen wird.

Braunschweig, 24. Febr. [Militärisches.] Die Anwesenheit des Prinzen von Preußen, dem zu Ehren eine Parade und ein Diner stattfand, scheint, wie der M. Z. geschrieben wird, gleich den Zweck gehabt zu haben, eine Translocation der

braunschweigischen Brigade nach Preußen, die bereits angekündigt war, plausibel zu machen, und namentlich die Bedenken, um die verschüren, welche hiesigerseits dagegen erhoben sein möchten. Um die Abneigung des hiesigen Militärs gegen diese Maßregel zu schonen, soll beliebt werden sein, als Garnisonort das Herzogthum Oldenburg zu bestimmen, weil dann die Truppen gewissermaßen im eigenen Lande, oder doch auf den Festungen des Herzogs blieben.

Hamburg, 27. Februar. Dem Vernehmen nach, sieht die Verlegung eines Theiles der hier befindlichen österreichischen Truppen nach andern Orten außerhalb des Hamburgischen Gebietes bevor.

(B. H.)

Die Lüb. Ztg. schreibt aus Hamburg, 25. Febr.: Es sind wieder wichtige Dinge im Werke, in Betreff der ferneren Entwicklung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, von denen ein Theil vielleicht schon in den nächsten Tagen zur Kunde des Publikums gelangen dürfte. Das auch Russland dabei wieder eine Hand im Spiele hat, dürfte wohl aus der gestrigen Reise seines hiesigen Gesandten, des Herrn v. Struve, nach Kiel zu entnehmen sein. In Altona geht unter den dort liegenden Truppen das Gerücht, daß sie bald weiter nach Norden marschieren und andere aus dem Lauenburgischen her Altona besiegen werden. Auch die hier einquartierten Österreicher sprechen davon, die schwedische Religions-Angelegenheit,

sei aufs Neun zu der Königin beschieden worden, mit der er eine lange Konferenz gehabt.

Lord Stanley hat nun in Folge dieser Konferenz Schritte gethan, um eine neue Administration zu bilden. In wie weit dies gelungen ist, kann in diesem Augenblicke noch nicht angegeben werden. Gewiß ist jedenfalls, daß wenn das Kabinett Stanley zu Stande kommt, die Auflösung des Parlaments erfolgen wird. Niemals aber werden Parlaments-Wahlen inmitten einer schwierigeren und komplizierteren Situation stattfinden haben, als gerade jetzt, denn zu der politischen Frage werden dieses Mal noch kommen die durch den protectionistischen Charakter des neu zu bildenden Kabinetts angeregte Handelsfrage und die schwedische Religions-Angelegenheit.

Die "Times" gibt in ihrer heutigen Nummer folgenden Bericht über die eingetretene Wendung der Krise:

Vor gestern Abend nach der Erklärung Lord John Russells im Unterhause, hatte dieser eine entscheidende Zusammenkunft mit Lord Aberdeen und Sir Graham. Das Resultat dieser Konferenz war das Aufgeben des ehrenwerten Projekts, eine Administration zu rekonstituiren mit den ersten Mitgliedern des Kabinetts Peel und mit Lord John Russell als Premier. So verschwand die Hoffnung des edlen Lord, die verlassene politische Position wieder anzunehmen. Als man der Königin die Anzeige machte, daß die Kombination mißglückt sei, bat Ihre Majestät Lord Aberdeen die Bildung eines Kabinetts zu untersuchen; Lord Aberdeen schickte die Hoffnung des edlen Lord, die verlassene politische Position wieder anzunehmen. Als man der Königin die Anzeige machte, daß die Kombination mißglückt sei, bat Ihre Majestät Lord Aberdeen die Bildung eines Kabinetts zu untersuchen; allein dieser Versuch wurde von dem Staatsmann ehrfürchtig abgelehnt, der sich nicht im Stande glaubte, eine Majorität im Unterhause zu erlangen. Hierauf wurde ein neuer Ruf an Lord Stanley erlassen, der gestern Nachmittag eine Audienz bei der Königin hatte. Wie es heißt, hat Lord Stanley in mehreren Punkten nachgegeben, und in der Stunde, in welcher wir schreiben, hat er entschlossen, ein allgemein parlementarisches Kabinett zu bilden. Lord Peel und Lord John Russell sind die beiden Kabinetsminister, die sich auf die Bildung eines Kabinetts beschäftigt. Das Resultat seiner Bemühungen ist vor der Ankunft des Herrn Gladstone nicht zu bestimmen. Dies sind die Vorgänge der letzten 24 Stunden.

Franreich.

Paris, 26. Febr. [Tagesbericht.] Man glaubt endlich den Gedanken des Präsidenten über sein Ministerium zu kennen. Er scheint geneigt, die Demission der gegenwärtigen Titular-Minister anzunehmen, die sich absolut zurückzuziehen wollen, und die Höh, Fould, Baroche und Rouher sollen wieder in das Kabinett treten. Ein solches Verfahren würde jede Aussgleichung ganz unmöglich machen.

Die Börsenwelt legt der republikanischen Manifestation vom 24. eine große Bedeutung bei. Man schätzt die Anzahl der Personen, welche Kränze nach den Bastillestühlen getragen haben, auf 25,000 und es waren dies nicht blos Leute, welche der demokratischen Republik angehören, sondern vielmehr ganz solide Bürger, die aus der Revolution kein Metier machen. Diese großartige Manifestation wird als eine Demonstration gegen das Manifest des Grafen v. Chambord angesehen, welches von dem Grafen auch als der Beweis einer Conspiration zu Gunsten der Fusion zwischen den beiden bourbonischen Linien betrachtet wird.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung verlas Piscatory den Bericht über den Amnestie-Antrag. Der Bericht beantragt die Nichtinbetrautnahme.

Aus Italien sind heute böse Nachrichten eingegangen. Die Agitation in den römischen Staaten ist sehr groß. General Gennari hat die verlangten Verstärkungen erhalten, um somit seine Regimenter auf dem Kriegsfuß zu erhalten. Er hält die Engelsburg besetzt und trifft täglich die minutiosen Vorsichtsmaßregeln gegen jeden Entenverlust. So lange die Franzosen in Rom sind, steht auch nichts zu befürchten, doch Alles, wenn sie zurückgezogen werden sollten. Der Graf Seretti Massa, ein Verwandter des Papstes, hat denselben daher den dringenden Rat gegeben, einige Concessions im liberalen Sinne zu machen, damit der Einfluß des Monseigneur zu verstümmeln. Dies ist immer noch mindestens, und so steht nichts zu erwarten.

Es wird ferner gemeldet, daß Österreich täglich einen drohenden Ton gegen Piemont annimmt. Das Gesetz, welches den an der Vertheidigung Venetios beteiligte gewesenen Offizieren bewilligt, hat das österr. Kabinett auf das heftigste ausgebracht. „Es ist dies ein offener feindseliger Akt“ — sagte Mar

2000 Bürgern, um Ausweisung von Fremden. Sie erklärt, daß sie über die Flüchtlinge nur eine beschränkte Kompetenz habe; dagegen habe sie den Kanton von solchen Fremden gesäubert, welche durch die Presse oder anderweit in unsere Verhältnisse nachtheilig einwirken; andere Ausweisungen ständen noch bevor. Polizeidirektor Brunner bemerkte, er sei bei diesen Ausweisungen ohne Ansehen der Person und unparteiisch verfahren. Ueber die politischen Flüchtlinge, welche unter dem Schutz der Eidgenossenschaft stehen, gehen selten Klagen ein; sie leben größtentheils ruhig und zurückgezogen; die letzten Berichte über sie enthalten nichts Nachtheiliges. Die Polizeidirektion verfährt übrigens mit allen Fremden human, eingedenkt dessen, daß mehr Werner im Auslande seien, als Fremde hier. (D.P.A.Z.)

Schweden und Norwegen.

[Näheres über die Unruhen in Norwegen.] Aus Schweden bringen die neuesten norwegischen Blätter, die bis zum Alten reichen, nichts Erwähnenswertes; die bis zum Alten eingegangenen neueren Nachrichten aus Stockholm melden, daß die dort vorgessenen Unordnungen beseitigt seien. Aus Norwegen dagegen berichten die Blätter über ernstliche Strafanstöße, die im Amt Drontheim stattgefunden haben, und zwar von Seiten der untersten Classe der Bevölkerung, die bekanntlich seit länger von den skandinavischen Socialisten stark bearbeitet worden. Die neueste Nummer des Christianiaer Morgenblades enthält bereits den ausführlichen Bericht des Amtmannes des dromtheimer Norderamts über die betreffenden Vorfälle, und der "Drontheimer Amtszeitung" schreibt man aus Leiranger vom 10ten: Unsere im Allgemeinen so ruhige und friedliche kleine Stadt ist plötzlich der Gegenstand ernstlicher Aufstände geworden, und hat in Folge dessen einen ziemlich kriegerischen Aussehen gewonnen, indem Kavallerie und Infanterie eingerückt sind. Der Anlaß zu all dieser Unruhe ist merkwürdig genug der, daß Thran's brabschädigter Sendling Mikkelson arretiert worden ist. Die Verhaftung geschah auf Grund einer ziemlich prägravirenden Anzeige von Seiten mehrerer Bürger und Bauern. Die ununterrichtete und verleitete Menge lief zusammen, um den Arrestanten zu befreien, derselbe verblieb indes im Gefängnis. Der Amtsvoigt wurde von der Menge verfolgt und mit Steinen geworfen. Er und mehrere Comptoiristen wurden verwundet. Eine Anzahl Bürger versammelte sich, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Truppen wurden requirirt. Am folgenden Tag wiederholten sich die Aufstände. Heute sind 60—70 Mann Kavallerie unter Major Rydhs eingetroffen. Die Kriegsartikel sind verlesen. In diesem Augenblick, 3 Uhr Nachmittags, hörte ich Rufen und Alarm vom großen Markt her; man verließ die Aufzehrte. Die Masse reiste die Stangen aus, welche die Bäume auf dem Markt beschlagen, und bewaffnet sich damit. Säbel und Stangen werden durch einander in die Luft geschwungen. Frische Truppen rücken vor und bilden in zwei Biedern einen Halbkreis um's Rathaus. Außerhalb dieser lebenden Mauer steht die murende unruhige Menge. Ich habe mich unter die Leute gemischt und ihre Neuerungen vernommen. Es ist nicht so sehr die Verhaftung Mikkelson's, die ihnen am Herzen liegt; dieselbe hat indes doch die Veranlassung gegeben, daß die Mischung des gemeinen Mannes über seine gedrückte Stellung zum Ausbruch gekommen ist. Allein wir sind leider noch nicht fertig mit unserem Bericht über die betreffenden Ereignisse. In diesem Augenblick bewaffnet sich die Menge mit Stangen und Steinen; die Infanterie muß sich zurückziehen, eben so ein Detachement Kavallerie. Ein Schreit sprengt auf kurze Zeit die Masse auseinander, sie sammelt sich indes sofort wieder, und eine furchtbare Verwüstung an den Gebäuden beginnt." Der Berichterstatter fügt seinem am Montag den 10ten geschriebenen Brief, Dienstag Mittag, eine Nachtricht hinzu, in der es heißt: „Die Unruhen wöhren gestern bis in die Nacht. Wir haben heute Sturm und Schneegestöber, und es sieht schaurlich aus auf dem Markt und in der Stadt. Noch ist Alles ruhig. Der Amtmann ist von Stördalen angekommen, wo gleichfalls Unruhen stattgefunden haben. Eine Proklamation ist am Volk erlassen.“ „Morgenbladet“, das sich sehr tadelnd über jene Vorfälle ausspricht und die Bemerkung macht, „es stehe jetzt bei dem ehrenwerten Theil der Arbeiterklasse, zu zeigen, daß die Sache nicht sei wie ihre Führer“, heißt über des Agitators Mikkelson früheren Lebenswandel Folgendes mit: Der Maurerarbeiter Karl Johann Mikkelson, der jetzt als Agitator und Reformer aufgetreten ist, zählt ungefähr 24 Jahre. Er hat hieselfst (in Christiania) wegen Umbertreibens in der Arbeitsanstalt gesessen und ward im August 1847 wegen Diebstahls und Beträgerer zu 15 Tagen Gefängnis verurtheilt.

N u s l a n d .

T Von der polnischen Grenze, 25. Febr. [Das Konkurrenzgeschäft in Polen.] Nach der Art und Weise, wie ein Heer zusammengebracht wird, läßt sich immer auf den allgemeinen Geist desselben schließen. Ueberall zwar trägt die allgemeine Militärschaft den Charakter des Zwanges in sich, allein in Folge der Humanität und Gerechtigkeit, mit welcher die Erfüllung der Pflicht gefordert wird, tritt das Gefühl des Gewissens nicht so stark hervor, daß es für die ganze Dienstzeit vorherrschend bleiben könnte; nur im russischen Kaisertheile trägt der Militärdienst von seinem Beginne bis zu seinem Ende den ausschließlichen Charakter des Zwanges und zwar des barbaresischen Zwanges, der jede freiere Bewegung unterdrückt und den Soldat zur reinen Maschine macht. Es vereinigt sich alles, eine lange Dienstzeit, grausame Behandlung, schlechte Genossenschaft, indem alles Gesindel, diese u., die anderwärts vom Militärdienst ausgeschlossen sind, von den Gemeinden, um sich ihrer zu entledigen, vorzugsweise eingestellt werden, um den Soldatenstand verhast zu machen, so verhast, daß namentlich in Polen und Podolien oft furchtbare und blutige Kämpfe bei Einziehung der Rekruten gefestigt werden. Wir lassen zur Charakterisierung des Ganzen einige Bemerkungen folgen, wie das Konkurrenzgeschäft in Polen betrieben wird. Wie überall werden auch hier allgemeine Seelenlaster geführt, die namentlich in Bezug auf die männliche Bevölkerung sehr genau und vollständig sind; in den Städten liegt dies Geschäft den Bürgermeistern (Präsidienten), auf dem Lande den Woytantern (Schulz) ob, und beide kontrolliert der Landrat des Kreises. Die Woytanter müssen — beiläufig gesagt — von den Gutsbesitzern auf ihren Dörfern und Kolonien unentgeltlich übernommen werden, und da sie alle Zweige, die in das Reich der niedern Polizei und der Verwaltung gehören, verwalten und überhaupt alle Beschlüsse der Regierung, die ihnen durch die Landräte ammen zugehen, ausführen müssen, so wird ein bedeutender Theil der Landesadministration ganz kostenfrei und ohne ein vom Staate bestelltes Beamten-Personal geführt, freilich aber auch mancherlei Wiss für mehr möglich gemacht. — Jährlich erscheint nun gewöhnlich im Frühjahr in den Kreisen eine Kommission, aus einem detachirten Offizier und Unteroffizier, einem Bevollmächtigten des Landratsamtes, mehreren Gutsbesitzern und Woytantern bestehend, und besucht nach und nach alle Ortschaften des Kreises. Von dieser Kommission wird nun die ganze über 20 bis 30 Jahr alte Mannschaft gemustert, gemessen und mit den nötigen persönlich Bemerkungen in die sogenannte Musterrolle eingetragen; später findet eine zweite Supereinsicht, zu der nur Militärräte hinzugezogen werden, in der Kreisstadt statt, indes werden alle Pflichtigen ohne nähere Bestimmung wieder in ihre Heimath entlassen. Kommt endlich die Zeit der wirklichen Aushebung heran, die zu einer regelmäßigen Zeit eintritt, so wird die Gesamtzahl der benötigten Rekruten auf die einzelnen Kreise und darüber zu berichten.

Die in der heutigen Sitzung beschlossenen Bemüßigungen umfassen: die Guts-Überschreitung bei den Kosten für die öffentliche Beliebung, bei der Verwaltung der Kirche zu Elftausend Tungsten, der einzuziehenden Leute überwandt. Damit sich nun keiner durch die Flucht seiner Pflicht entziehe, wird das ganze Einziehungsgeschäft sehr geheim betrieben, bis plötzlich in der Nacht die Wohnungen umstellt, die jungen Leute aus den Betten geholt und häufig gebunden nach der Kreisstadt abgeliefert werden. Bei dieser Gelegenheit suchen nur die Ortsvorsteher und Gutsbesitzer theils unter dem Vorwande, daß einzelne Ausgeschriebene sich aus der Gemeinde entfernt hätten, theils in Folge vorhergegangener Verständigung mit den Landräthen, aller mißliebigen Personen: wie Diebe, Arbeitschweine oder Widergesprächige und wohl auch solcher, die sich ihren Privathasen zugezogen haben, zu entledigen, indem sie solche für andere selbst einschreiben oder von Hause aus in die Listen aufnehmen lassen. Von den Kreisstädten werden nur die Rekruten in Masse nach Warschau transportiert, und da die Gemeinden den Transport auf ihre Kosten und Risco verrichten und für jeden Mann, der auf dem Transport entspringt, einen Entschuldigungsmittel müssen, so sucht jede Gemeinde sich dadurch gegen diese Strafe zu sichern, daß sie die Leute fesseln läßt. Durch diese Verantwortlichkeit, die den einzelnen Gemeinden und Woytantern auferlegt ist, bekommt das ganze Konkurrenzgeschäft noch mehr den gehässigen Ausdruck der Barbarei, als ihm die Art und Weise der ersten Aushebung schon aufgedrückt hat. — Uebrigens gestattet das Gesetz jedem Konkurrenzpflichtigen an seiner Statt ein anderes gesundes, aber militärfreies Individuum als Ersatzmann zu stellen, doch muss dies mit völlig freier Einwilligung geschehen und vermöge eines vom Landratsamt gesetzlich beglaubigten Kontakts. Entzieht sich später der Ersatzmann durch die Flucht dem Militärdienste, so muß ein anderer gestellt werden, oder der Konkurrent selbst eintreten. — In Warschau werden die sämmtlichen Rekruten in die Citadelle gebracht, wo sie äußerlich militärisch zugestellt und dann ihren künftigen Regimentern zugeteilt werden. Ueber die Geschäft vergingen circa 14 Tage und das ist die Zeit, wo Angehörige und Freunde ihre Schützlinge von der oben Militärbörse loskaufen; allerdings nur bis zum nächsten Jahre, wo sich das Spiel erneuert. Dieser Handel ist für die oben Offiziere sehr einträglich, nicht nur weil er stets in den französischen Restaurationen bei vollen Champagnerflaschen abgeschlossen wird, sondern weil reichliche Geldspenden dabei fließen. Um ihn möglich und einträglich zu machen, werden, unter dem Vorwande einer leichten Revision, immer bedeutend mehr Rekruten ausgeschrieben, als wirklich gebraucht werden. Die Folge ist übrigens ganz natürlich, daß die Konkurrenz fast ausschließlich auf der ärmsten Classe und besonders auf den ländlichen Bewohnern lastet, für welche der Gutsbesitzer sich nur dann verwendet, wenn er die ihm nötigen Arbeitskräfte dadurch gefährdet sieht, dem er aber schon früher durch Einschreiben anderer Leute, mit Vorwissen des Landrats vorzubeugen sucht. — Es ist natürlich, daß dieser Soldat nicht geachtet ist und ihm eben so alles militärische Ehrgefühl abgeht. Sein Mut ist die Gewohnheit des unabdingten Gehorsams, der Muth des Sklaven und danach läßt sich überhaupt die Furchtbarkeit des russischen Heeres beurtheilen, wo es nicht mit Massen erdrücken kann oder vom Berath unterstützt wird, wie Beides in Ungarn zugleich und 1830 in Polen.

Provinzial - Zeitung.

Sitzung des Gemeinde-Rathes

am 27. Februar.

Vorsitzender: Justizrat Gräff. Anwesend 89 Mitglieder der

Berathung. 1. Aus Anlaß einer Mitteilung des Bürgermeisters Herrn Bartich von dem Ableben des Stadtältesten Baldowski deputirte die Ver- sammlung die Herren Galeschky, Schaff und Loeffenthin zur Bewohnung der Berathung.

2. Um die Verleihung des hiesigen Bürgerrechts hatten sich 6 Personen beworben. Die Verhandlung willigte in die Ertheilung mit der Maßgabe, daß einem der Petenten die wahrgesuchte Ermäßigung der Gebühren zugestanden würde.

3. Zur weiteren Verhandlung kamen: a) der der Stadt nach gehörige Theil des sogenannten Stahlhofplatzes hinter dem Schieferde-Grundstück auf jenseits Jahr für ein jährliches Pachtgeld von 15 Thaler mit der Bedingung, daß der Pächter die Auslösung des Kontrakts auch innerhalb der Pachtperiode und zwar ohne Anspruch auf Entwidrigung das gefallen lasse müsse, falls der Ausführung der Posen-Breslauer Eisenbahn diese über den zu Platz geführt werden sollte; b) eine Ackerparzelle an der Springstern-Kaserne auf 10 Jahre für jährliche Pacht, unter Verpflichtung des Pächters, das Ackerstück ohne alle Entwidrigung sofort wieder zurückzugeben, wenn der Fall eintrete, daß der königliche Militär-Gutsbesitz das vorbehaltene Recht zur Ausstellung der Trainwagen unter der Einsicht der Kaserne geltend mache und die Kommune, bei einem etwaigen Neu- oder Umbau des Gebäudes, zur Erfüllung der Forderung das zu Ackerstück verwenden möchte.

Die vom Magistrat proponierte dreijährige Verlängerung des Pacht-

contrakts über das vormalige Käfensloaf des Stadtmauer-Amtes im Einwande erhielt die Zustimmung der Verhandlung. Dagegen lehnte sie den Vorstoss ab, den Platz entlang der Niemecke zur Aufstellung von Wollketten an die fehlenden Pächter für ein geringeres Pachtgeld auf 5 Jahre zu überlassen. Sie erklärte sich für die Kita- tation, sofern die Pächter zur Fortentrichtung des jährlichen Mietzehdes von 200 Thaler sich nicht verfehlten sollten. In Folge des bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebrachten Umstandes, daß seit einigen Jahren zur Zeit des Wollmarktes wiederum eine übermäßige Aufspaltung von Wollzügen in den Häusern stattfand, wurde Magistrat um Ergriffenheit von Maßnahmen zur Beleidigung dieses die Sicherheit des Eigentums und der Personen gefährdenden Missbrauchs angegangen.

4. Die vollzogene Wahl des Bürgermeister-Büro-koordinaten, bei welcher die Herren Doe und Klocke als Wahlauftreter, die Herren Lasler und C. A. Müller als Stimmammler jüngsten, ergab folgendes Resultat: Gültige Stimmen 89, absolute Mehrheit 45. Stimmen erhielten:

Rechts-Anwalt Herr Poewe 74, Syndicus Herr Anders 7, Regierungsrath v. Merck 7, Stadtgerichtsrath Herr Kluß 1. Rechts-Anwalt Herr Poewe ist sonach mit überwiegender Stimmenmehrheit zum Bürgermeister-Büro-koordinaten von Breslau gewählt.

Die Verhandlung belohnt die thöleme Überweitung der Wahlverhandlung an den Magistrat mit dem Antrage, der selbe möge unter Vererbung des Protokolls über die Wahl des Bürgermeisters, die königliche Regierung um ihre Befürwortung zur Bestätigung beider Wahlen und um ihre Vermittelung angehen, daß dem Bürgermeister von Breslau der Titel Oberbürgermeister, dem Beauftragten der Titel Bürgermeister beigelegt werde. Bezüglich der Wahl des Beauftragten ward ausdrücklich ausgesprochen, sie sei mit dem 2. Jahre später nach seinem Muster gebildeten Näherrinnen-Vereine, bei dem die Arbeiterinnen selbst zahlende Mitglieder sind, und der demnach eigentlich eine Art Sterbe-Verein ist, zu verwechseln.

Die Erhebung und Verbesserung des Standes der weiblichen Arbeiterinnen, das ist das Prinzip, welches den Verein bei seinen Bemühungen leitet und dientest der Nutzen, der hieraus für die Kommune entspringt, welcher er offenbar unter die Arme greift, indem er einem Theil der Gesellschaft, der ihr anderen Falles früher oder später auf die eine oder andere Weise zur Last fällt, zu versorgen bemüht ist, ein nicht gering anzuschlagender. Möge diese Instanz daher nicht allein dem arbeitgebenden Publikum, sondern auch den Behörden aufs dringendste empfohlen sein; möge jeder sich gern bereit finden, lassen einen Stein bei dem großen Baue an dem Tempel der Menschenfeinde auf den andern legen zu sitzen.

7. Im Betrieb des Armen-Direktion gewählten Herrn Dr. Sam of zum Armenarzt erklärte die Verhandlung, daß sie gegen die Herren des Gewäldes nichts einzunehmen habe. Auf einen hierbei gestellten Antrag des Herrn Wildo erging die Verhandlung, die Ausgabe, die Dienst-Instruktion für die Armenärzte hinsichtlich des darin enthaltenen Wahlkundes einer Prüfung zu unterwerfen und darüber zu berichten.

8. Die in der heutigen Sitzung beschlossenen Bemüßigungen umfassen: die Guts-Überschreitung bei den Kosten für die öffentliche Beliebung, bei der Verwaltung der Kirche zu Elftausend Tungsten,

der höheren Bürgerschule Nr. I. und des Gewerbe-Tantieme-Fonds, zu sammen mit 747 Thalern, die dauernde Gehaltszusage für einen Lehrer am Elftausend mit 50 Thalern jährlich und eine einmalige Zulage von 50 Thalern für zweiten Lehrer an dieser Anstalt; die Remunerations für die mit Bearbeitung der Bank-Gerechtsame-Ubungs-Angelegenheiten im verlorenen Jahre betraut gewesenen Beamten, mit 145 Thalern, die Pension für einen dienstunfähigem Rathsdienner mit 8 Thalern monatlich, die Unterstützung für einen invaliden Nachtwächter mit 4 Thalern monatlich und die weitere drei Jahre genehmigte Unterstützung von 50 Thalern jährlich an die Witwe eines Kassenbeamten.

9. Der Antrag, die Staatsbehörden um Rückgabe des Stückguthes an die Verhandlung, gelangte an den Magistrat mit dem Anhören, um Auskunft über die Sach- und Rechtsverhältnisse.

10. Der Antrag des katholischen Bürger-Hospitals zu St. Anna für das Jahr 1851 erhielt, dem Antrage der Prüfungs-Kommission gemäß, die Genehmigung. Das Institut gewährt 52 hilfsbedürftigen Bürgern und Bürgerfrauen Unterstützung, die einschließlich der Verwaltungskosten mit 499 Thalern veranlagt ist. Die Mittel hierzu gewinnt das Hospital durch die Zulagen von den Kapitalien, welche ihm durch die Vermächtnisse und Schenkungen zugesendet werden sind.

Gräff, Krug, Aderholz, Hübner.

Breslau. 1. März. [Wohlthätigkeits-Verein im östlichen Theile des Schweißnitzer Anger - Bezirks.] Die gestrige Versammlung, welche im Hartmannischen Lokale, unter Vorstoss des Grafen Henkel stattfand, schritt gleich nach ihrer Eröffnung durch den Vorstand zu der Wahl des Comites, welches nach den in voriger Sitzung berathenen Statuten aus dem Bezirkvorsteher, dessen Stellvertreter, dem Bezirk-Armenarzten, den beiden Armenwätern und 10 Vereinsmitgliedern bestehen soll. Zu diesem Zwecke wurden von den Anwesenden vorschlag und mit Aktionen angenommen die Herren: 1. Kaufmann Klocke, 2. Graf Henkel, 3. Graf Harrach, 4. Dr. Falk, 5. Kaufmann Schurich, 6. Kaufmann Neugebauer, 7. Partikular-Pfeifer, 8. Stadtrichter Gütter, 9. Posamentier Zeig, 10. Partikular-Claassen. — In der Minorität waren geblieben: Stadtgerichtsrath Pfüller u. Oberstleutnant von Hülsen.

Als der Wahlgang beendigt war, schlug Herr Stadtgerichtsrath Pfüller vor, die Namen der Comites-Mitglieder im Bezirk möglichst zu verbreiten, damit die Armen und Hilfsbedürftigen die Vermittelung in Anspruch nehmen und so in umfassender Weise einer Wohlthätigkeit thcilhaftig werden, welche der Verein für sie vorbereite.

Der Vorsitzende erklärte, daß es zunächst darauf ankomme, recht viele Subskriptionen der Wohlhabenden an laufenden Beiträgen zu sammeln. Wer von den verarmten Mitgliedern sich dieser Aufgabe mitunterziehen wolle, könne Subskriptionslisten in Empfang nehmen. Eine solche Mitwirkung erscheine um so nothwendiger, als die Thätigkeit beforderter Boten gewiß von minder glücklichen Erfolgen begleitet sein dürfte.

Herr Pfüller mache noch auf einige Punkte aufmerksam und wünsche namentlich auch Hilfsbedürftige aus anderen Bezirken berücksichtigt zu wissen. — Hierauf erwiderte der Vorsitzende, man müßt zuvor den Ertrag der Sammlung abwarten, dann werde es an der Zeit sein, in einer demnächst anzubauenden Versammlung des Vereins, die Grenzen seiner Thätigkeit zu bestimmen. — Graf Reichenbach mache den Vorschlag, die Zahl der Hilfsbedürftigen in dem Bezirk zu ermitteln, für welchen der Verein sich zunächst konstituieren habe. Nachdem dieser Antrag durch die Bemerkung, daß die ungefähr Anzahl bereits bekannt sei, beseitigt war, trennen sich die Versammlung,

die höheren Gewächse: Clodium tremulentum, welches die Thiere langsam aber sicher dem Tode zuführt.

Herr Direktor Gebauer erörterte dann die naturhistorische Bedeutung der sogenannten Goldbergerischen Rheumatismusketten. Die Kette besteht aus einer Reihe ziemlich langgestreckter Glieder, von denen je ein Paar aus Kupfer- und Zinkdrath gebildet ist. Nach der Mitte zu bemerkte man ein Zinkstückchen, das auf beiden Seiten mit Kupfer angelötet ist. Am Ende befindet sich noch ein Stäbchen oder Röhrchen von Glas, mit Eisenfleißpänen gefüllt, deren Funktion jedoch von dem Forscher nicht ergründet werden konnte. Es scheint, als ob dieses Glasschmiede nur eine mystische Zugabe sei.

Durch die Verührung von Kupfer und Zink wird allerdings Elektricität zum Vorschein gebracht, letzter erfährt aber durch die Gliederreihe der ganzen Kette keine Steigerung und ein einziges Gliedparet würde zu derselben Wirkung genügen. Ueberdies ist die Elektricität, welche Kupfer- und Zinkdrath hervorbringen, eine sehr schwache. Die Vorschrift für die Goldbergerischen Ketten lautet dahin, daß sie um den kranken Theil des Körpers gewunden werden, ohne daß sich die Glieder irgendwo berühren. Durch die Ausschwüngen des Körpers, welcher nach der Vorschrift möglichst warm zu erhalten ist, kann die von der Kette entwickelte Elektricität einigermaßen gesteigert werden. Der Vortragende beweist seine Behauptungen durch Experimente, welche er mit einem gut konservierten Exemplare der Goldenen Ketten vornimmt.

Auf den medizinischen Werth der Goldbergerischen Ketten wollte sich der Redner des weiteren nicht einlassen, weil dies nicht sein Fach sei. Daß die Elektricität einen heilenden Einfluß auf rheumatische Uebel ausübe, sei eine Ansicht, eben so alt als die Kenntnis der Elektricität selbst. Schon der Bernstein wurde zu Heilmitteln benutzt, später bediente man sich des Galvanismus und Magnetismus gegen Kopf- und Ohrenschmerzen wie gegen viele andere äußere Unpässlichkeiten.

Schließlich wurden der Versammlung eine Menge Schriften und Ateste, u. a. die des Dr. Strahl vorgelegt, welche die Heilkraft der elektromagnetischen Ketten würdigten und deren Gebrauch dem Publikum bestens empfohlen.

Breslau. 1. März. [Die Quartett-Matinee] im König von Ungarn, veranstaltet vom Musik-Direktor Herrn Blecha, bilden den Anziehungspunkt für alle Freunde klassischer Musik. Die Anzahl der dort Versammelten ist gerade nicht groß, das liegt an der Natur der Sache. Die heilige Trias von Mozart — Beethoven — Haydn, die dort herrscht, kann auf die große Masse gedankenloser Zuhörer nicht zählen, die sich immer nur von virtuosem Effekt bestechen läßt. Diejenigen aber, die sich zu den Quartett-Aufführungen einfinden, erfreuen sich um so mehr daran, als dabei eben jede Einfallslosigkeit abgelehnt ist. Solche musikalische Bestrebungen können nicht verschwiegen, auf die Bildung des Kunstgeschmacks den wohlbekannten Einfluß zu üben. Außer Herrn Blecha und mehreren andern Mitgliedern der Theater-Kapelle, beteiligen sich an den Aufführungen so viel wie bekannt noch der königliche Musik

Breslauer Kunst-Ausstellung.

Der Schlesische Kunstsverein wird in dem laufenden Jahre hier selbst eine Kunst-Ausstellung veranstalten, welche vom 25. Mai bis 6. Juli geöffnet sein wird. Die Unterzeichneter, mit der Leitung derselben beauftragt, richten hiermit an die schlesischen Künstler und Besitzer von neuem Kunstwerken die ergebnste Bitte, das Unternehmen durch Mittheilung ihrer Kunstwerke zu unterstützen. Folgende Punkte wolle man gütigst beachten: 1) Briefe und Pakete unter 10 Pfund die Ausstellung betreffend, gehen postfrei, müssen aber auf dem Cover die Bezeichnung „Angenommen des schleischen Kunstvereins“ enthalten, und sind entweder an den Kastellan der schlesischen Kunstvereins, Glanz (Bücherplatz im Börsenhaus), oder an die Kunstvereinlichen Gesellschaft, Glanz (Bücherplatz im Börsenhaus), zu richten. 2) Alle Anmeldungen, mit deutlicher Angabe des Künstlers und Bezeichnung des Gegenstandes, werden bis spätestens 17. Mai, da das Manuscript des Katalogs dann geschlossen wird, erbeten. 3) Kisten mit dem Frachtgelegenheit senden und für gute Verpackung sorgen. Die Fracht wolle man durch Frachtgelegenheit senden und für gute Verpackung sorgen. Die Fracht kostet nicht, und müssen wir an die alle zwei Jahre von dem hiesigen Gewerbeverein veranstalteten Ausstellungen verweisen.

Breslau, den 1. März 1851.

Im Auftrage des schlesischen Kunst-Vereins:

Ebers. Kahler. Mächtig.

Maskirter und unmaskirter Carnevals-Ball

im Café restaurant, Dienstag den 4. März.

Während der Pause wird ein tonischer Chinesen-Tanz ausgeführt, nach der Pause Höhlen-Saloppe, neu komponiert von Unerricht. Billets hierfür sind in der Königl. Hofmusikalien-Handlung der Herren Bote und Bock, Schweißnitzerstraße Nr. 8, pro Herrn 15 Sgr., pro Dame 10 Sgr., bis zum Ballabende zu haben. Für diesen Abend ist die Gallerie des Saales zu aparten Ecken eingerichtet. Zu diesem Ballfeste macht seine höchste Einladung Leonhard Hassenhut, Ballettmäister.

Geschäfts-Anzeiger des Vereins der Kommissionäre

Haus-Verkauf.

In einer der beliebtesten Vorstädte Breslaus ist ein schönes Haus mit Nebengebäuden, Garten und großem Bauplatz, unter soliden Bedingungen zu verkaufen.

Ferd. Behrend, Ohlauerstr. 79.

Für Lehrlinge weist Stellen in Manufaktur-, Band-, Galanterie-, Produkten- und Komptoth-Geschäften zum sofortigen Antritt nach; ebenso für einen, der bereits in einem Spezerei-Geschäft war, um die Lehrzeit zu beenden.

E. Leubuscher, Albrechtsstr. 47.

Es empfiehlt gute Kammerdiener, Köche, Küchler, Leibjäger, Kammerjägern, Kinderfrauen und Hausmädchen u. c. das gesetzliche Kommissionärs-Verwaltungsbüro des E. Berger, Bischofsstr. Nr. 7.

Eine schöne Befestigung in Hirschberg, mit großem Garten ist Verhältnisse halber sofort billig zu verkaufen durch A. Geißler, Schmiedebüro Nr. 44.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die fünfprozentigen Prioritäts-Obligationen Serie I. Nr. 8470 bis incl. 8476 nebst dazu gehörigen Zinscoupons pro 1. Januar 1850 bis 1. Juli 1856 sind bei uns als gestohlen angemeldet.

Die zeitigen Inhaber dieser Papiere werden aufgefordert, die etwaigen Rechte an dieselben innerhalb der statutenmäßigen Frist bei uns geltend zu machen, währendfalls die gerichtliche Amortisation der gedachten Prioritäts-Obligationen nebst Coupons beantragt werden wird.

Berlin, den 29. August 1850.
Königliche Verwaltung
der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

Mit Bezug auf die Erklärung des Herrn Grafen Renard vom 13. Febr. 1851 sehen wir uns in Folge der, in neuerer Zeit stattgefundenen Aufklärungen, in die Nothwendigkeit versetzt, hiermit zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, dass Herr Graf Renard dem Carl v. Neumann, die ihm verliehenen gewissen Vollmachten nicht allein abgenommen hat, sondern darüber auch ganz und für alle Zeiten, aus der Administration geschieden, und jede Verbindung und Beziehung mit Herrn Grafen Renard und dessen Angelegenheiten für immer gelöst und aufgehoben ist.

Diejenigen, welche in Folge von Verpflichtungen, welche Carl v. Neumann, vermöge der ihm vom Herrn Grafen Renard erhaltenen Vollmacht eingegangen, Ansprüche an Herrn Grafen Renard zu haben glauben, wollen diese um so gewisser spätestens bis zum 15. März d. J. bei der unterzeichneten Direktion anmelden und anbringen, als später folche Ansprüche im gütlichen Wege nicht mehr berücksichtigt werden könnten.

Gr. Strehlitz, den 25. Februar 1851.

Die Graf Renardsche Direktion. (gez.) v. Muschwiß.

Adolf Sachs,

Ohlauer-Straße Nr. 5 u. 6, „zur Hoffnung“;

empfiehlt sein großes Lager von:

Leppischen Möbelstoffe
Gardinenzuge
Tischdecken in Seide, Tuchemir, Damast und Leinen.

Der ziemlich lebhafte Verkehr in obigen Artikeln mit hiesigen und auswärtigen Möbel-Händlungen macht es mir möglich, meinen geehrten Abnehmern bei einer umfangreichen Auswahl, nauhafte Vortheile in den Preisen bieten zu können.

Adolf Sachs.

Unsere allgemein beliebt gewordene, stets frische Mandelkleie aus nicht entzünden Mandeln, führen wir auch in 1/2 Pf. Packeten à 3/4 Sgr., in Schachteln à 2½ und 5 Sgr.

Feinste Mandelseife, à Stück von 1 Sgr. bis 5 Sgr., im Dutzend billiger, Toilette-Seifen jeder Art zu den besten Preisen.

Die Parfümerie-Waren-Handlung Piver u. Comp., Bischofsstr. Stadt Rom.

Arat- und Rum-Offerte von Eduard Wirthmann.

Schmiedebrück Nr. 51, im weißen Hause.

1) Echten feinsten Batavia-Arat, die große Champ.-Flasche 1 Rtl.
2) Echten extra fein gelben Jam.-Rum = 25 Sgr.
3) Extra fein weißen echt Jam.-Rum = 20 Sgr.
4) Echter feinst gelber Jam.-Rum = 20 Sgr.
5) Echter feinst gelber Jam.-Rum = 15 Sgr.
6) Echter fein gelber Jam.-Rum = 12½ Sgr.
7) Feinst gelber Rum = 10 Sgr.
8) Fein gelber Rum = 7½ Sgr.
Sämtliche Sorten sind auch in halben Flaschen ohne Preis-Erhöhung zu haben.
Außerdem empfehle ich Rum das preuß. Quart zu 1½ Rtl., 1 Rtl., 25 Sgr., 20 Sgr., 15 Sgr., 10 Sgr. und 6 Sgr. In ganzen Eimern billiger.

Eiserne feuerverstezte Geldschränke in jeder beliebigen Größe mit Brana- und Schraub-Schlüsseln, wie auch mit und ohne Combination, empfiehlt zur größten Sicherheit gegen Einbruch und Feuergefahr mit dem ergebenen Versetzen, das zu jeder Zeit Zeichnungen und Preiscurant den Geschäftsführer übergeben werden. Aufträge nimmt entgegen Herr Lorenz Salice in Breslau, Unternstraße Nr. 6.

M. Fabian,

Kunst-Schlosser in Berlin, Spandauer Straße Nr. 75.

Bekanntmachung.

Die nachstehend aufgeführten Auseinandersetzungen:

a. aus dem Kreise Rothenburg:

1) Ablösung sämtlicher Reallasten von Günthersdorf, Greba, Mücka, Kodersdorf, Neudorf, Quolsdorf, Groß-Radisch, Klein-Radisch, Tormersdorf, Zschernota, Thiemendorf, Wieja, Ober-Koel, Nieder-Koel, Ober-Gebraig, Berdwitz, Sandbisch, Diebla, Quitsdorf, Dauibiz, Neuhammer, Waldorf, Müdenbach mit Anteil Ober-Horka und Bielau, Nieder-Horka, Löschbach, Ober- und Nieder-Loitz, Ober- und Mittel-Hirschbach;

b. aus dem Kreise Sprottau:

45) Ablösung sämtlicher Reallasten von Ober-Kunzendorf, Nieder-Kunzendorf, Meischa, Müendorf, Ober-Löschbach, Wittgendorf, Hartau, Neuhau, Böberwitz, Zitzau, Gartendorf, Sprottendorf, Mittel-Giebmendorf;

c. aus dem Kreise Liegnitz:

46) Ablösung sämtlicher Reallasten von Weißensee und Mertichüh;

d. aus dem Kreise Lauban:

47) Ablösung sämtlicher Reallasten von Güntersdorf, Sächsisch-Hausdorf, Hennersdorf, Ostrichen, Ober-Bellmannsdorf, Nieder-Bellmannsdorf I. Antheil, Gundorf, Zwedla, Nieder-Holzbort, Stadt-Schönberg, Wilke mit Scheibe, Bobra, Küpper mit Neu-Leeken und Neu-Gablen, Alt-Schönberg, Berna, Nieder-Linda, Nieder-Gerlachshain im Winck;

e. aus dem Kreise Grünberg:

48) Forstervituten-Ablösung von Schadowalde und Pretzin;

f. aus dem Kreise Grünberg:

49) Forstervituten-Ablösung zwischen dem Jungfrauen-Klosterkirche zu Lauban und einigen Grundbesitzern zu Marktlaß;

50) Separation, Dienst-, Zins- und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

51) Regulierung, Gemeindeiteilung und Reallasten-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

52) Regulierung und Gemeindeiteilung von Hohenberg, Müka;

53) Abteilung sämtlicher Reallasten von Scheibau, Lissowplau, Malitz, Nieder-Großendorf, Raudau und Grundvorwerk;

54) aus dem Kreise Hoyerswerda:

55) Gemeindeiteilung von Burg, Biersdorf, Dobers, Göbeln, Dubring-Neudorf, Geierswalde, Hirschdorf, Holena, Mauendorf, Neudorf a. d. S., Neustadt, Riebau, Ruhland, Sabroth, Sachsen, Schwarzw., Culm;

56) Dienstablösung und Gemeindeiteilung von Nappatitz;

57) Dienstablösung und Gemeindeiteilung von Rohne, Trebendorf;

58) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Klein-Pretzsch, Ebersbach und Wiesa;

59) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Maltzow;

60) Dienstablösung und Gemeindeiteilung von Nappatitz;

61) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

62) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

63) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

64) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

65) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

66) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

67) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

68) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

69) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

70) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

71) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

72) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

73) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

74) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

75) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

76) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

77) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

78) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

79) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

80) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

81) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

82) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

83) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

84) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

85) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

86) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

87) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

88) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

89) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

90) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

91) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

92) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

93) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

94) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

95) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

96) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

97) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

98) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

99) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

100) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

101) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

102) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

103) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Altheil, Gelsberg, Mittel-Zschipperle, Mochols und Bierchen;

104) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Brand, Mühlrose, Nöthen;

105) Dienstablösung und Präsentations-Ablösung von Hohenberg, Müka;

Rheuma- und Gichtleiden.
wird diese Bekämpfung
der geneigten Durchlesung empfohlen!
Durch eingeholte Staatsbriefe bei dem Brief-
steller zum Druck verfasset.)

den Kaufmann Herrn Eduard Gross,
Wohngeschen zu Breslau,
am Neumarkt Nr. 42.

Ew. Wohlgeboren
sage ich ausdrücklich meinen ergebensten Dank für
die auf meine Befürchtung mit sofort überlanden
elektro - magnetisch - galvanischen
Apparate sehr Ableiter, und muss nach
traglich um genüge Einschätzung bitten
wenn ich damals die Leiden meiner Frau nicht
näher angegeben habe; denn zu meiner Be-
schämung muss ich offen gestehen, dass obgleich
ich schon so oft in öffentlichen Blättern die
Annonce von diesen Apparaten gelesen, ich
dennoch doch noch nie die geschilderte Auf-
merksamkeit gewidmet, und erst durch einen am
Beisch bei mir anwesenden königl. Beamten
daraus aufmerksam gemacht wurde. Sofort
sah ich wenige Zeiten und schickte sie zur
Post. Am 4. vor. Mis. erhielt ich nun schon
die Apparate, und meine Frau machte sogleich
Veranlassung von beiden, da die beide am ganzen
Körper dermaßen litten, die sie schon seit einiger
Zeit nicht mehr verlassen konnten, und
namentlich die ganze rechte Seite von oben
bis unten wie gelähmt war, und das Leben
nicht, wie früher, den artischen, innerlich und
äußerlich angewandten Mitteln welche wollten,
Neben und Seiten viele nachvorderten.
Nach Anwendung des Apparates und Ableiters
fühlte meine Frau nach 24 Stunden eine Ein-
heilung auf den schmerzlichen Stellen, jedoch
sind sich sodann Schmerzen aus anderen Stellen,
an welchen jedoch bald wiederum der Cylinder
oder Ableiter Tag und Nacht angewandt wurde,
und dem Himmel sei Dank, dieselbe ist nun,
wenngleich noch sehr schwach und angegriffen,
von ihren Leiden ziemlich ganz befreit. Durch
eine Erholungsumschicht, welche ich als
unterlaufen allen meinen an Rheumatismus
leidenden Freunden und Bekannten, wie schon
in dieser kurzen Zeit geschehen, namentlich diese
Apparate zu empfehlen, und indem ich noch
mals meinen innigsten Dank abstehe, reicht
mit der vorzüglichsten Hochachtung

Ew. Wohlgeboren
ergebenster
Sterz, Wirtschafts-Inspektor.
Polisch-Wilse bei Simeon,
den 4. Febr. 1850.

Wenn nach Vorangegangene sehr zahlreicher
ärztlicher Bezeugungen und eben so vieler Veröffent-
lichungen von Privatpersonen wiederum ohne alle
Bemühung meineswegen nichts an Dant und Auer-
nungsleidern bei mir eingeht und ich dies
zur breitesten Kenntnis hiermit bringe, so ers-
cheint klar, dass namentlich meinen Ers. Egl.
patient. Ableitern eine Kraft ungewöhnlich,
welche gegenwärtig rheumatische und gichtische
Leiden zu lindern und zu bestimmen, und hier-
halb ist es mein Wunsch, dass seit der Einführung
dieses probaten Mittels in dem Zeitraume von 6 Jahren, namentlich in Deutschland,
durch den glänzenden Erfolg angelobt, so viele
Nachbildungen stattgefunden. Ich bitte deshalb,
genau darauf zu achten, dass jedes Exem-
plar meine Firma trägt, nur diese sind
von mir unterschrieben.

Preis je Exemplar 15 Sgr. und 10 Sgr.
statt vierzig. Band- und Säulenform
1 Atb. und 1/2 Atb.

Galvan-elektrische Apparate.

**Rheumatismus - Ketten
mit elektro - magnetisch - beweg-
lichem Cylinder,**

prim. Sorte à 1 1/2 Atb., secunda à 1 Atb.
und schwächer à 1 1/2 Sgr.

Eduard Gross,
in Breslau, am Neumarkt 42,
Fabrik f. elekt. u. allernädigst privil.
galv. elekt. und magn. Apparate.

Für Berlin depositiert:
bei Herrn Prof. Dr. Berger, Königstraße vis-à-vis
der Post.

bei Herrn Carl Gustav Gerold, Königl. Hof-
Konservator, unter den Linden Nr. 10.

Mehrheitlichen Wünschen zufolge haben wir die
Anfertigung von

Ostermehl

unter persönlicher Aufsicht übernommen
und den Preis per preuß. Gr. von 110 Pfund
auf 3 Thlr. 8 Sgr. frei Währung festgesetzt.
Wie weitere Anträge bis zum 15. März d. J. an
Sklawensky, den 2. Februar 1851.

Die Mühlen-Administration.

Große Möbelwagen

empfiehlt zum Umzug und jeder Reise, un-
ter Garantie für jeden Schaden. Preische und
ausführliche Aufträge erbitte.

Wihl. Richter, Mathiasstr. 5, in Breslau.

20 Schod Erbber-Pflanze, ganz neue
Sorte Rose-his (Bienenhonig), eine Pflanze,
welche sehr viel Bienen treibt, von denen man
an 200 Bienen erträgt, das Dutzend 12 Sgr.,
das Stück 1 1/2 Atb., sind zu verkaufen in
Händen der Groß-Bauhütte.

Ferdinand Thum,
Glocken-, Gold- und Silber-Handlung
befindet sich erste Etage Ritterstraße 10.

Mühlen-Bauhütte.

Zu einem, bei einer recht lebhaften Kreis-
stadt Schlesien an einem Bach sehr partheil-
haft gelegenen Grundstück steht Konzession zum
Aufbau einer Wasser-Mühle, nach der Besitzer
derselben, Familien-Verhältnisse haben entweder
einen Compagnon oder auch waren bereit, die-
selbe einzukaufen einem Andern zu verkaufen.
Dieses Nähe ist zu erfahren auf portofreie
Anfragen unter der Chiffre C. M. poste restante
Breslau und durch Herrn L. Gläser in Breslau.

Forstliches.

Ein praktisch und wissenschaftlich gebildeter
Forstmann, bietet den Herren Waldbesitzern seine
Dienste als verwaltender oder inspezierender Be-
amte hiermit ganz erfreut an.

Anschrift: Forstliches, post. rest. Breslau, fr. 1.

Patent-Unterjacken,

von reiner Wolle, auf blosem Körper zu tra-
gen, als auch Unterblusen, empfiehlt in rei-
cher Auswahl zu den billigsten Preisen:

Kaufmann Gust. Ab. Held.

Ohlauer Str. Nr. 1 in der Kornede.

Auf dem Dominium Marchwitz bei Deutsch-
Lissa stehen sechs Wassermühlen und ein Odenbur-
ger Welle zu verkaufen.

Auskündigung.

Mittels eines geringen Unterschlusses von
nur wenigen Thaler ist man im Stande,
sich bei einem Unternehmen zu befreien, das
weltweit daran Theilnehmenden schon
von diesem Jahre an eine jährliche Di-
vidende bis zu

Acht Tausend Thaler pr. Cour.

oder

Bierzehn Tausend Gulden rhn.

sage ich ausdrücklich meinen ergebensten Dank für
die auf meine Befürchtung mit sofort überlanden
elektro - magnetisch - galvanischen
Apparate sehr Ableiter, und muss nach
traglich um genüge Einschätzung bitten
wenn ich damals die Leiden meiner Frau nicht
näher angegeben habe; denn zu meiner Be-
schämung muss ich offen gestehen, dass obgleich
ich schon so oft in öffentlichen Blättern die
Annonce von diesen Apparaten gelesen, ich
dennoch doch noch nie die geschilderte Auf-
merksamkeit gewidmet, und erst durch einen am
Beisch bei mir anwesenden königl. Beamten
daraus aufmerksam gemacht wurde. Sofort
sah ich wenige Zeiten und schickte sie zur
Post. Am 4. vor. Mis. erhielt ich nun schon
die Apparate, und meine Frau machte sogleich
Veranlassung von beiden, da die beide am ganzen
Körper dermaßen litten, die sie schon seit einiger
Zeit nicht mehr verlassen konnten, und
namentlich die ganze rechte Seite von oben
bis unten wie gelähmt war, und das Leben
nicht, wie früher, den artischen, innerlich und
äußerlich angewandten Mitteln welche wollten,
Neben und Seiten viele nachvorderten.
Nach Anwendung des Apparates und Ableiters
fühlte meine Frau nach 24 Stunden eine Ein-
heilung auf den schmerzlichen Stellen, jedoch
sind sich sodann Schmerzen aus anderen Stellen,
an welchen jedoch bald wiederum der Cylinder
oder Ableiter Tag und Nacht angewandt wurde,
und dem Himmel sei Dank, dieselbe ist nun,
wenngleich noch sehr schwach und angegriffen,
von ihren Leiden ziemlich ganz befreit. Durch
eine Erholungsumschicht, welche ich als
unterlaufen allen meinen an Rheumatismus
leidenden Freunden und Bekannten, wie schon
in dieser kurzen Zeit geschehen, namentlich diese
Apparate zu empfehlen, und indem ich noch
mals meinen innigsten Dank abstehe, reicht
mit der vorzüglichsten Hochachtung

Eduard Gross, Wohngeschen zu Breslau,
am Neumarkt Nr. 42.

1850.

Ew. Wohlgeboren

ergebenster

Sterz, Wirtschafts-Inspektor.

Polisch-Wilse bei Simeon,

den 4. Febr. 1850.

Mein Lager der schönsten Roth - Weine:

als Chateau Latour,

Chateau Larose,

Chateau Margaux,

St. Julien,

F. Medoc,

Chateau Raymond,

Chateau R. 65.

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor einige Kenntnis der englischen
Sprache zu erwerben. Näheres bei Mr.
Singer, Ring Nr. 47 (zwischen 12 u. 14).

Bezüglich der obigen Annonce, um die
Weltstadt London und die Industrie-Welt-
ausstellung zu besuchen, ist wohl erforderlich,
dass zuvor